

Holzarbeiterzeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 34

Berlin, den 22. August 1931

39. Jahrgang

Kämpft um Wirtschaftsdemokratie!

Als sich vom Jahre 1929 an die Wirtschaftskrise immer schwerer auf die Arbeiterschaft legte, begannen sich in ihrem Lager Strömungen bemerkbar zu machen, die an der Möglichkeit und Notwendigkeit der Demokratisierung der Wirtschaft zu zweifeln begannen. Wirtschaftlich sah es so aus, als würde eine Rückwärtsentwicklung selbst der schwachen Ansätze zur Wirtschaftsdemokratie einsetzen, die sich bis dahin entwickelt hatten. Die öffentliche Wirtschaft verlor hier und da an Boden, vor allem die Kommunalwirtschaft; die Beteiligung der Arbeiterschaft an den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen wurde durch die Krise des Parlamentarismus zurückgedrängt. Das staatliche Schlichtungswesen begann als Damm gegen die kapitalistischen Lohnabbaubestrebungen zu versagen. Es war daher kein Wunder, dass vielfach die Meinung auftauchte, die Überwindung der Wirtschaftskrise auf wirtschaftsdemokratischem Wege sei nicht zu erhoffen, es gehe keinen anderen Ausweg mehr als eine sofortige Zerschlagung der kapitalistischen Wirtschaft. Diese Stimmung war natürlich für die Ausbreitung antidemokratischer Strömungen günstig und hatte den Erfolg, dass dadurch der Parlamentarismus noch stärker geschwächt und die Möglichkeit wirtschaftsdemokratischer Fortschritte weiter eingeengt wurde.

Und doch haben die bitteren Erfahrungen der Wirtschaftskrise, haben insbesondere die Schrecken der letzten Wochen den Beweis geliefert, dass ein Ausbau der Wirtschaftsdemokratie nicht nur möglich, sondern dringend notwendig ist. Schon vor einem Jahre erwies sich diese Notwendigkeit sehr deutlich, als es sich immer klarer herausstellte, dass die kapitalistischen Monopolorganisationen die grösste Schuld an der Verschärfung der Krise tragen. Damals sah sich selbst die Regierung Brüning gezwungen, einen ersten Schritt zur staatlichen Kontrolle der kapitalistischen Monopole zu tun. Es geschah dies in der Notverordnung vom 26. Juli 1930, in der der Reichsregierung weitgehende Vollmachten zum Vorgehen gegen die Preisdiktatur der Kartelle erteilt wurden.

Es ist richtig, dass diese Vollmachten kaum ausgenutzt werden, es ist auch richtig, dass sie nicht weitgehend genug waren, um mehr als mechanische Eingriffe in die Preisbildung der Kartelle zu ermöglichen. Man muss sich nämlich darüber klar sein, dass mit derartigen gelegentlichen Eingriffen nicht sehr viel getan ist. Die unheilvollen Rückwirkungen der Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Monopole auf die Gesamtwirtschaft können nur dann

wirksam bekämpft werden, wenn diese Kartelle und Truste unter der ständigen Kontrolle wirtschaftsdemokratischer Organe stehen. All dies ist gewiss richtig. Man muss nur berücksichtigen, dass ein Anfang immer noch besser ist als nichts und dass durch den gewerkschaftlich-politischen Kampf um eine Verschärfung der Monopolkontrolle die Erkenntnis von ihrer Notwendigkeit in immer weitere Kreise drang und die Aussichten, sie bei günstigeren politischen Verhältnissen durchzusetzen, damit gewachsen sind.

Inzwischen spitzte sich die Wirtschaftskrise weiter zu. Es kam der Lahusen-Skandal, es kam der Karstadt-Skandal, es kam der Zusammenbruch der Danatbank und die Gefährdung der Dresdener Bank, es kam die grosse Kreditkrise. Und bei all diesen Katastrophen zeigte sich immer wieder dasselbe: Dass die viel gerühmten kapitalistischen Wirtschaftsführer in Industrie, Handel und im Bankwesen auf der ganzen Linie versagen.

Im Aktienwesen zeigte sich wie schon früher beim Favag-Krach, dass die schrankenlose Willkür der Unternehmensverwaltungen die Wirtschaft immer wieder mit den schwersten Erschütterungen bedroht, dass das Aufsichtsratssystem vollständig versagt und dass die sogenannte Publizität der Aktiengesellschaften eine lächerliche Farce ist. Und im Kreditwesen zeigte es sich, dass die privaten Grossbanken, die faktisch die Industrie beherrschen, selbst in ihrer elementarsten Aufgabe, der absoluten Sicherung einer hinreichenden Liquidität, versagt hatten und dass sie darüber hinaus mit daran Schuld trugen, dass das knappe Kapital, das der deutschen Wirtschaft heute zur Verfügung steht, vielfach in eine ganz falsche Richtung gelenkt wird.

Und es erwies sich in diesen Tagen wieder einmal aufs deutlichste die Richtigkeit des grossen Gedankens, mit dem schon Karl Marx die Forderung nach der sozialistischen Umwälzung der Wirtschaft begründet hatte: Marx wies auf den krassen Widerspruch hin, der darin liegt, dass die Verfügungsgewalt über die Wirtschaft sich zwar in privaten Händen befindet, dass aber die Funktion der Unternehmungen mit ihrer wachsenden Grösse immer mehr eine allgemein gesellschaftliche wird. Ist es nicht beispielsweise ein Wahnsinn, dass das Schicksal von zehntausenden Textilarbeitern von den privaten Spekulationen und Manövern eines Lahusen abhängt? Kann der Zustand noch geduldet werden, dass das Wohl und Wehe der ganzen Volkswirtschaft, also das Schicksal von 60000000

Menschen, schranken- und kontrollos in den Händen von einigen Dutzend Finanz- und Industriekapitalisten liegt?

Und noch eine weitere Lehre wurde uns in diesen schweren Tagen zuteil. Diese Handvoll Kapitalisten beherrscht zwar diktatorisch die Wirtschaft und kann sich schrankenlos den gewagtesten Spekulationen hingeben, um sich zu bereichern. Sowie aber diese Spekulationen schief gehen und statt der gewohnten Spekulationsgewinne schwere Spekulationsverluste eintreten, springt der Staat als Retter ein. Und die Tragik will es, dass der Staat einspringen muss, dass auch die antikapitalistisch gesinnte Arbeiterschaft der Staatshilfe zustimmen muss; denn auch sie könnte es nicht verantworten, dass ein Zusammenbruch der ganzen Wirtschaft eintritt, der statt eines sozialisierungsreifen Wirtschaftsgebäudes einen Trümmerhaufen übrig liesse. So erleben wir es, dass das Reich den beiden gefährdeten Grossbanken mit Kapital und Bürgschaften beisprang, ihnen also im entscheidenden Augenblick das Risiko abnahm, nachdem sie in den Vorjahren ihre ansehnlichen Gewinne ohne

Verzweiflungsmassnahmen der Gemeinden

Der Deutsche Städtetag hat ein Sanierungsprogramm für die Gemeinden aufgestellt, dessen Durchführung eine neue schwere Belastung des werktätigen Volkes bedeutet. Die Gemeinden befinden sich zweifellos in einer fürchterlichen Notlage. Das Reich hat ihnen alle ergiebigen Einnahmequellen weggenommen, durch eine neue Notverordnung verwehrt es ihnen selbst den Zugang zu ihren eigenen Kreditinstituten, den Sparkassen. Auf der anderen Seite hat das Reich den Gemeinden immer neue finanzielle Aufgaben zugewiesen, unter denen sie heute zusammenbrechen. Nach einem ganz bewussten Plan hat das Reich sich von den Aufwendungen für die Erwerbslosenfürsorge befreit und sie den Gemeinden aufgebürdet. Die Ausgaben der Gemeinden für die Erwerbslosenfürsorge stiegen von 270 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 605 Millionen im Jahre 1930, und im laufenden Jahre rechnet man mit 1040 Millionen Mark. Das geht weit über die finanzielle Kraft der Gemeinden hinaus. Gegenwärtig schon haben sie ein Defizit von 800 Millionen Mark. Entstanden ist dieses Defizit einzig und allein aus den Unterstützungen für die Wohlfahrtserwerbslosen.

Die Gemeinden sind am Ende ihrer Kraft, und da das Reich jede Hilfe ablehnt, müssen sie sich selbst zu helfen versuchen. So ist das Sanierungsprogramm entstanden. Wie die Dinge liegen, sind die Gemeinden gezwungen, erneut an allen Ecken und Kanten zu sparen, aber die Vorschläge des Deutschen Städtetages gehen über das Erträgliche hinaus. An der Spitze des Sparprogramms steht der Abbau der Wohlfahrtsausgaben. Die heutigen Unterstützungssätze sollen bis auf weiteres

Beteiligung des Reiches eingeholung hatten. Alle diese Vorgänge haben einen starken Druck zur Fortführung der wirtschaftsdemokratischen Gedanken geschaffen. Der Staat musste endlich der Frage der Aktienreform näher treten. Schon der Favag-Krach hatte im Verein mit einer Reihe anderer, damals sichtbar gewordener Missstände die Reichsregierung genötigt, einen Gesetzentwurf für eine weitgehende Reform des Aktienrechts auszuarbeiten. Es sollte sich um ein grosszügiges Gesetzeswerk handeln, das nicht vom Zaun gebrochen werden kann und sehr sorgfältiger Vorbereitung bedarf. Diese Vorbereitungsarbeit war schon sehr weit gediehen, als die Juli-Ereignisse eintraten, und nun steht das Reich vor der Frage, welche Reformmassnahmen auf dem Gebiete des Aktienwesens es schon jetzt auf dem Wege der Notverordnung durchführen soll.

Es ist zu fordern, dass man sich, da eine Notverordnung die normale Gesetzgebung niemals vollwertig ersetzen kann und soll, auf die allerwichtigsten Massnahmen beschränkt, die endlich einmal den Gedanken der Wirtschaftsdemokratie auch im Aktienwesen Bahn brechen, dass man aber bei diesen Massnahmen wirklich

bestehen bleiben, bis die angestrebten Preisensenkungen auch ihren Abbau möglich machen. Aber alle Sonderleistungen sollen rücksichtslos abgebaut und die gehobene Fürsorge eingeschränkt werden. Im Schulwesen sollen schwerwiegende Einschränkungen durchgeführt werden, und zwar durch Erhöhung der Klassenfrequenz, Kürzung der Unterrichtsstunden, Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Lehrer und ähnliche Massnahmen. Auch im Gesundheitswesen sollen entscheidende Eingriffe erfolgen; gedacht ist dabei wohl unter anderem an die Schliessung von Badeanstalten, Krankenhäusern, Säuglingsheimen. Von ganz besonderer Bedeutung ist die Forderung auf fast völlige Preisgabe des öffentlichen Wohnungsbaues. Die Gesetzesvorschrift, dass ein gewisser Teil der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau aufgewendet werden muss, soll beseitigt werden. Gespart soll ferner werden im Hoch-, Tief- und Strassenbau.

Dieses Sanierungsprogramm erspart den Gemeinden sicher einige hundert Millionen Mark Ausgaben im Jahre. Aber auf Kosten der Ärmsten der Armen. Es schafft neue Arbeitslose, in einem Augenblick, wo alles getan werden müsste, die vorhandenen wieder in die Betriebe zu bringen. So geht es nicht. Wir geben zu, dass die Gemeinden die Kosten der Erwerbslosenfürsorge nicht mehr allein tragen können. Dann muss eben das Reich helfen. Gewiss ist das Geld auch hier sehr knapp, aber das Reich steht doch noch viel besser da als die Gemeinden. Die Not der Gemeinden ist die Not des Volkes. Hilfe für die Gemeinden — das ist wahrhaft nationale Selbsthilfe!

auf die wirtschaftsdemokratischen For- derungen Rücksicht nimmt. Das wäre also eine weitgehende, ihren Namen wirklich verdienende Publizität in der Wirtschaftsführung und Berichterstat- tung der Unternehmungen und die Kontrolle dieser Publizität durch wirkungsvolle Revision der Geschäfts- führung; und es wäre auf der anderen Seite das Recht des Staates, sich um die Wirtschaftsführung der Aktien- gesellschaften zu kümmern und dort, wo er Fehler und Gefahren für die Volkswirtschaft befürchten muss, von sich aus einzugreifen.

Der Staat musste auch, durch die Not gezwungen, der Frage der Kredi- tkontrolle näher treten. Er kann es nicht mehr verantworten, dass er den Hauptteil des Risikos der Banken auf sich nimmt, die Banken aber mit dem Gut des Volkes schrankenlos schalten und walten und die Volkswirt- schaft in schwerste Gefahr bringen lässt. Es muss also, zumal auch die Reichsbank in ihrer Funktion als ober- stes dirigierendes Organ der Kredit- wirtschaft weitgehend versagt hat, eine umfassende Bankenkontrolle eingeführt werden. Ihre Aufgabe hat darin zu be- stehen, nicht bloss darüber zu wachen, dass in der Kreditwirtschaft alles sauber und korrekt zugeht, sondern darüber hinaus auch über die Len- kung des in den Banken zu- sammenströmenden Kapitals zu wachen und darauf hinzuwirken, dass das Kapital in volkswirtschaft- lich förderliche und nicht in volkswirt- schaftlich schädliche Bahnen gelenkt wird.

Die allgemeine Wirtschaftskrise und speziell die Kreditkrise der letzten Wochen haben also dem ganzen Volke einen sehr teuren Anschauungsunter- richt darüber erteilt, wie notwendig und wie dringlich eine wirtschaftsdemo- kratische Entwicklung der Wirtschafts- verfassung geworden ist. Trotzdem geben wir uns nicht der Illusion hin, dass nunmehr alle Schranken hinweg- rissen werden, die dieser Entwick- lung bisher im Wege standen. Wie heute die politischen Machtverhältnisse liegen, ist vielmehr zu befürchten, dass nur sehr kümmerliche Ansätze zur Kon- trolle der Wirtschaft geschaffen werden, dass die von uns aufgestellten For- derungen über die Kontrolle der Mono- pole der Aktiengesellschaften und der Banken nur zu einem geringen Bruch- teil erfüllt werden dürften.

Besteht also doch keine Aussicht auf eine wirtschaftsdemokratische Ent- wicklung? Es bestünde freilich keine Aussicht, wenn man resigniert die Hände in den Schoss legte, weil ja angeblich doch „alles nichts hilft“. Es besteht aber die stärkste Aussicht, ja Gewissheit, dass die wirtschaftsdemo- kratische Entwicklung sich weiter bis zum Siege dieser Idee durchringen wird, wenn der Pessimismus, der Klein- mut und der daraus resultierende un- fruchtbare Radikalismus, dem sich weite Kreise der Arbeiterschaft hin- gegeben haben, überwunden wird und die Erkenntnis von der Notwendigkeit dieses Kampfes um die Wirtschafts- demokratie sich mit dem zur Erreichung dieses Zieles erforderlichen Kampfes- willen paart. Alfred Braunthal.

Notverordnung und Gewerkschaftsversammlungen

Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitun- gen vom 28. März 1931 schreibt vor, dass „Stillestände politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel spätestens 24 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der zuständigen Polizeibehörde angemeldet werden müssen“. Gestützt auf diese Bestimmung

haben verschiedene Polizeibehörden auch die Anmeldung von öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen gefordert, da diese „politische“ Versammlungen seien, und zwar deshalb, weil hier allgemeine sozial- und wirtschaftspolitische Angelegenheiten besprochen werden. Das ist eine falsche Anwendung der Notverordnung, wie der preussische Innenminister in einem Rund- erlass vom 7. August an alle preussischen Polizeibehörden aus- drücklich feststellt. In diesem Runderlass heisst es:

„In der polizeilichen Praxis werden Ver- einigungen von Arbeitgebern oder Arbeit- nehmern, die sich mit der Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschafts-

bedingungen befassen, nicht schon aus dem Grunde als politische Vereine angesehen, weil diese Vereinigungen auf solche Ange- legenheiten der Sozialpolitik oder der Wirt- schaftspolitik einzuwirken bezwecken, die mit der Wahrung oder Förderung der Ar- beitsbedingungen zugunsten ihrer Mitglieder oder mit allgemeinen beruflichen Fragen im Zusammenhang stehen. Demgemäß sind auch öffentliche Versamm- lungen der gewerkschaftlichen Organisationen, in denen Erörte- rungen zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen der Beteiligten stattfinden, ebenso wie öffent- liche Versammlungen der Arbeitgeber, die sich mit allgemeinen beruflichen Fragen be-

fassen, nicht ohne weiteres, sondern nur dann als politische Versamm- lungen zu behandeln, wenn etwa unter dem Deckmantel beruflicher oder theo- retischer Besprechungen Erörterun- gen allgemeiner öffentlicher Angelegenheiten vorgenommen werden.“

Dieser Runderlass des preussischen Innen- ministers schafft in einer wichtigen Frage die notwendige Klarheit. Es wäre wün- schenswert, dass die Regierungen der an- deren Freistaaten ihre Polizeibehörden gleichfalls in diesem Sinne unterrichten, damit den Gewerkschaften bei Abhaltung von öffentlichen Versammlungen nirgend- wo Schwierigkeiten gemacht werden.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie im Juli 1931

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes geht wieder abwärts. Am 31. Juli waren bei den Arbeitsämtern rund 3 976 000 Arbeitslose gemeldet, das sind reichlich 20 000 mehr als Ende Juni. Auch die Zahl der arbeits- losen Holzarbeiter ist gewachsen. Ende Juni zählten wir 135 204 arbeitslose Mitglieder, Ende Juli aber 137 327. Von je 100 Verbandsmitgliedern waren

im Juni 47,89, im Juli dagegen 49,14 ohne Arbeit. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg in der gleichen Zeit von 30 967 auf 32 048 oder von 10,97 auf 11,47 Prozent. Ende Juli waren von den Verbandsmitgliedern mehr als 60 Prozent ohne Arbeit oder standen in Kurzarbeit; nur 39,39 Prozent hatten volle Beschäftigung. Weit schlimmer noch sieht es in einigen Gauen aus. Die Zunahme der

arbeitslosen Holzarbeiter überrascht ins- fern etwas, da besonders um die Mitte des Monats aus einer ganzen Reihe von Ver- waltungsstellen über Neueinstellungen ber- richtet wurde. Aus der Erhebung über den Beschäftigungsgrad in den Grossbetrieben geht auch hervor, dass verschiedentlich Neueinstellungen er- folgt sind. Das trifft besonders, aber auch

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband Ende Juli 1931.

Gau	Berichtet haben			Arbeitslose		Von je 100 Mit- gliedern waren arbeits- los	Verkürzt arbeiteten insgesamt			Von je 100 Mit- gliedern verkürzt ar- beiteten	Die wöchentliche Arbeitszeit war verkürzt um				Nicht berichtet haben	
	Verw.- stellen	mit Mitgliedern	darunter weibl.	am 31. 7. 31	darunt. weibl.		Be- triebe	Be- schäftigte	darunt. weibl.		1-8 Std. Be- schäftigte	9-16 Std. Be- schäftigte	17-24 Std. Be- schäftigte	25 Std. und mehr Beschäft.	Verw.- stellen	mit Mit- gliedern
Ostpreussen ...	49	5 878	346	2 291	62	38,98	15	409	31	6,96	305	72	32	—	4	117
Stettin	92	11 059	95	4 397	15	39,76	23	973	26	8,80	738	71	164	—	1	125
Breslau	83	16 927	1 002	8 351	407	49,34	74	1 484	154	8,77	795	423	225	41	4	151
Berlin	1	24 202	663	13 968	165	57,71	72	1 466	23	6,06	325	745	396	—	—	—
Brandenburg ...	124	14 578	725	6 848	265	46,97	31	781	182	5,36	193	388	200	—	9	1 029
Dresden	56	27 119	1 493	15 793	473	58,24	73	2 169	169	8,00	734	574	621	240	—	—
Leipzig	68	30 504	3 900	16 126	1 578	52,87	247	5 575	1 228	18,28	896	2 184	2 189	306	3	259
Erfurt	82	10 794	503	5 350	233	49,56	64	1 005	73	9,31	371	141	431	62	4	268
Magdeburg ...	52	13 604	375	6 326	88	46,50	31	567	12	4,17	137	229	176	25	1	179
Hamburg	65	25 569	840	12 816	185	50,12	47	1 396	147	5,46	498	558	337	3	2	168
Hannover	68	24 489	869	9 352	102	38,19	62	2 831	414	11,56	1 441	727	663	—	—	—
Düsseldorf ...	66	15 341	344	8 214	51	53,54	91	1 720	24	11,21	746	630	295	49	—	—
Frankfurt	68	17 286	677	8 537	193	49,39	73	1 764	163	10,20	664	809	291	—	3	321
Nürnberg	89	16 776	3 376	7 530	1 026	44,89	97	4 056	1 587	24,18	1 026	1 549	1 087	394	4	457
München	56	8 127	581	4 042	220	49,74	69	869	30	10,69	405	218	246	—	1	119
Stuttgart	98	17 150	758	7 372	182	42,99	213	4 983	305	29,06	1 758	1 506	1 485	234	4	843
Hauptkasse ...	—	66	—	14	—	21,21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen ..	1 117	279 457	16 547	137 327	5 245	49,14	1 282	32 048	4 568	11,47	11 032	10 824	8 838	1 354	40	3 836
Im Vormonat	1 126	282 317	16 771	135 204	5 071	47,89	1 240	30 967	3 379	10,97	10 479	9 977	9 535	976	32	3 060

fast ausschliesslich auf die Möbelindustrie zu. Die Mehrbeschäftigung hier ist eine Folge der „Flucht in die Sachwerte“. Viele Leute betrachteten die Bankzusammen- brüche als den Anfang einer neuen Infla- tion, und sie hatten nichts Eiligeres zu tun, als alles verfügbare Geld in Waren anzu- legen. Erfreulicherweise dachten sie dabei auch an Möbel. Viele Möbelhändler und Möbelfabrikanten haben in diesen Julitagen glänzende Geschäfte gemacht. Selbst die Ladenhüter gingen weg wie warme Sem- meln. Inzwischen hat sich der Sturm auf die Möbelgeschäfte wieder gelegt, heute herrscht dort wieder Ruhe. Immerhin ist

damit zu rechnen, dass verschiedene Möbel- fabriken noch eine Weile leidlich zu tun haben werden, bis die Lager wieder gefüllt sind. Nach unseren Feststellungen hat die Möbelindustrie (ohne Nähmaschinenmöbel) im Juli rund 1 200 Arbeiter mehr eingestellt als entlassen. Mehr Einstellungen als Ent- lassungen haben noch aufzuweisen die Nähmaschinenmöbelindustrie, die Stuhlindu- strie und die Sperrholzindustrie. In allen anderen Berufszweigen überwiegen die Entlassungen. Insgesamt standen 3 338 Ein- stellungen 4 728 Entlassungen gegenüber. Die Kurzarbeit hat in den Grossbetrieben stark zugenommen: Im Juni wurde Kurz-

arbeit aus 291 Betrieben mit 23 102 Be- schäftigten gemeldet, im Juli dagegen aus 319 Betrieben mit 26 898 Beschäftigten; der Prozentsatz stieg von 31,76 auf 37,8. Über- stunden wurden aus 13 Betrieben mit 1 104 Beschäftigten gemeldet. Stillgelegt wurden 18 Betriebe mit 762 Arbeitern. Von je 100 Beschäftigten kamen 22,5 auf gut, 27,8 auf befriedigend und 49,7 auf schlecht beschäf- tigte Betriebe. Bezeichnet man gut mit 2, befriedigend mit 3 und schlecht mit 4, dann ergibt sich als Gesamtdurchschnitt 3,272; im Juni betrug dieser 3,282. Hiernach war in den Grossbetrieben die Geschäftslage im Juli um ein kleines günstiger als im Monat Juni.

Der Beschäftigungsgrad in den Grossbetrieben der Holzindustrie im Monat Juli 1931.

Berufs- zweig	Be- rich- tende Be- triebe	Anzahl				Geschäftsgang						Von je 100 Beschäftigten entfallen auf Betriebe mit ... Geschäftsgang								
		der Beschäftigten	der Ein- ge- stellt.	der Ent- lassenen	der leeren Plätze	gut		be- friedigend		schlecht		Juli 1931			Juni 1931			Juli 1930		
						Betr.	Arb.	Betr.	Arb.	Betr.	Arb.	gut	befr.	schl.	gut	befr.	schl.	gut	befr.	schl.
Möbel	1) 170	16 558	1 387	633	9 097	55	7 926	39	4 945	72	3 687	47,9	29,8	22,3	35,5	35,2	29,3	12,0	19,8	68,2
Innenausbau	2) 24	1 200	58	147	2 051	2	141	2	222	19	837	11,7	18,5	69,8	22,9	3,0	74,1	11,9	30,1	58,0
Weisse Möbel	50	4 367	517	76	1 737	20	2 215	18	1 749	12	403	50,7	40,1	9,2	20,9	49,0	30,1	—	11,2	88,8
Büromöbel	11	1 057	47	57	972	1	52	3	359	7	646	4,9	34,0	61,1	5,1	5,4	89,5	7,6	23,9	68,5
Türen, Fenster usw. ...	3) 39	2 165	87	316	2 568	1	190	9	795	27	1 180	8,8	36,7	54,5	8,5	47,4	44,1	7,0	44,9	48,1
Stühle	4) 36	3 110	148	142	2 242	9	1 207	16	1 420	9	483	38,8	45,7	15,5	31,4	38,3	30,3	38,3	17,3	44,4
Rahmenleist., Vergold.	12	1 081	23	78	885	—	—	2	165	10	916	—	15,3	84,7	—	45,6	54,4	14,4	29,2	56,4
Uhrgehäuse	9) 9	1 048	5	84	2 029	—	—	—	8	1 048	—	—	100,0	—	—	100,0	—	—	40,9	59,1
Holzwaren	6) 48	3 504	45	370	2 624	3	361	6	584	37	2 559	10,3	16,7	73,0	16,4	22,4	61,2	15,5	22,7	61,8
Klaviere, Orgeln	7) 37	2 278	181	201	5 609	—	—	4	464	31	1 814	—	20,4	79,6	—	26,9	73,1	1,8	13,5	84,7
Harmoniken	14	1 411	11	49	722	—	—	1	55	13	1 356	—	3,9	96,1	—	13,4	86,6	6,9	10,5	82,6
Sägewerke	79	5 567	69	461	4 850	6	790	20	1 685	52	3 092	14,2	30,3	55,5	24,5	40,2	35,3	22,5	42,7	34,8
Kisten, Packfässer ...	3) 37	3 284	48	290	2 311	5	515	9	1 069	22	1 700	15,7	32,5	51,8	16,2	38,0	45,8	5,7	50,4	43,9
Sperrholz	20	3 757	84	25	1 388	4	652	10	2 195	6	910	17,4	58,4	24,2	25,0	49,4	25,6	8,9	40,8	50,3
Schuhleisten	6	718	9	21	265	—	—	1	40	5	678	—	5,6	94,4	—	6,6	93,4	—	13,6	86,4
Bürsten, Pinsel	39	4 314	34	198	2 192	8	878	2	181	29	3 255	20,4	4,2	75,4	26,7	33,3	40,0	5,3	17,2	77,5
Kämme, Haarschmuck	14	1 088	22	30	782	2	328	3	317	9	443	30,2	29,1	40,7	24,9	46,4	28,7	11,0	26,5	62,5
Knöpfe	16	1 627	4	99	1 463	—	—	6	559	10	1 068	—	34,4	65,6	23,1	58,8	18,1	5,0	32,8	62,2
Pfeifen	10) 5	417	—	52	332	—	—	1	79	3	338	—	18,9	81,1	—	—	100,0	—	15,5	84,5
Bleistifte	8	2 027	4	18	428	—	—	3	485	5	1 542	—	23,9	76,1	18,8	5,3	75,9	27,9	19,4	52,7
Stuhlrohr	4	394	—	4	606	—	—	—	—	4	394	—	—	100,0	—	—	100,0	—	17,5	82,5
Korken	7	743	3	1	788	1	85	5	643	1	15	11,4	86,6	2,0	40,3	32,3	27,4	14,2	51,6	34,2
Korbwaren	6	403	6	38	613	—	—	—	—	6	403	—	—	100,0	16,3	21,2	62,5	22,9	46,8	30,3
Sport-u. Kinderwagen	13	1 293	19	185	945	—	—	1	170	12	1 123	—	13,1	86,9	—	15,3	84,7	—	40,4	59,6
Waggons	25	2 811	145	467	4 526	—	—	3	239	22	2 572	—	8,5	91,5	—	4,3	95,7	15,8	12,6	71,6
Karosserien	11) 17	1 266	33	257	1 655	1	68	5	467	10	731	5,4	36,9	57,7	7,8	21,5	70,7	—	22,0	78,0
Werften	16	1 499	18	329	2 243	2	513	3	366	11	620	34,2	24,4	41,4	28,2	25,3	46,5	14,2	35,0	50,8
Nähmaschinenmöbel	17	2 185	331	100	2 218	1	134	4	511	12	1 540	6,1	23,4	70,5	—	9,6	90,4	—	—	100,0
Zusammen ..	779	71 172	3 338	4 728	58 151	121	16 055	176	19 764	464	35 353	22,5	27,8	49,7	20,4	31,0	48,6	11,6	25,4	63,0
Im Vormonat	794	72 729	3 481	3 793	58 107	114	14 854	210	22 531	456	35 344	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Stillgelegte Betriebe mit Arbeitern: 1) 4 mit 145, 2) 1 mit 12, 3) 2 mit 44, 4) 2 mit 102, 5) 1 mit 20, 6) 2 mit 58, 7) 2 mit 88, 8) 1 mit 6, 9) 1 mit 47, 10) 1 mit 48, 11) 1 mit 192.

Niederlage der Volksbetrüger

Der Volksentscheid über die Auflösung des preussischen Landtages ist kläglich missglückt. Etwa 13 1/2 Millionen Anhänger hätte die widernatürliche Koalition von Hitler bis Thälmann auf die Beine bringen müssen, um zu siegen. Mit Ja stimmten am 9. August aber nur rund 9,8 Millionen Wähler; an der erforderlichen Mehrheit fehlten mithin 3,5 Millionen.

Das Ergebnis des mit Lüge, Verleumdung und Verbrechen geführten Abstimmungskampfes ist, dass von den insgesamt 26,4 Millionen preussischen Wählern 16,6 Millionen mit den Putschisten von rechts und links nichts gemein haben wollen. Die über-grosse Volksmehrheit steht zum Freistaat Preussen, und sie hat zur Regierung Braun-Severing mehr Vertrauen als zu Hitler und Hugenberg und ähnlichem Gelichter.

Den Machern ist der Ausgang ihres Volksentscheids mächtig in die Knochen gefahren. Sahen sie sich doch schon als Sieger durch das Brandenburger Tor in Berlin marschieren. Die Ministerliste für eine neue preussische Regierung war bereits fertig — und wahrscheinlich auch die für eine Reichsregierung. Der Kampf ging ja nicht um Preussen allein, sondern um ganz Deutschland, das heisst gegen die deutsche Republik. Die Hitler, Hugenberg und Seldte sind geschworene Feinde des demokratischen Volksstaates. Ihr Ziel ist ein faschistisches Deutschland, ein zweites Italien oder Polen oder auch Sowjet-russland — jedenfalls ein Staat, in dem die Arbeiter nichts zu sagen haben. „Hinweg mit den Schlossern, Maurern, Handlungsgelhilfen und sonstigen Minderwertigen aus den Regierungen und Behörden, an ihre Stelle gehören Männer von Rang und Würde“ — so hiess es in einem der vielen Flugblätter der Volksentscheidsparteien.

Und nun das klägliche Abstimmungsergebnis. Anfangs hatten die „Führer der nationalen Opposition“ selber keine Hoffnung, dass ihnen ihr Schlag gegen die Demokratie gelingen werde. Beim Volksbegehren waren ihnen nicht ganz 6 Millionen gefolgt, zum siegreichen Volksentscheid fehlten also noch 7 1/2 Millionen. Wo sollten diese herkommen? Man rechnete: Selbst wenn alle Wähler, die am 14. September 1930 für die am Volksentscheid beteiligten Parteien gestimmt haben, jetzt geschlossen aufmarschieren, sind es immer erst 9,3 Millionen Ja-Stimmen. Es fehlen dann immer noch 4 Millionen. Diese Tatsachen machten den Volksbetrüger schwere Kopfschmerzen. Je näher der Tag der Entscheidung herankam, um so nutzloser wurden sie. Hugenberg hatte seine Parteiver-eine bereits angewiesen, für diesen aussichtslosen Volksentscheid keinen Pfennig mehr zu opfern.

Eines Tages aber schrieben die faschistischen Zeitungen: „Jetzt ist der Sieg unser!“ Das war nach dem Beschlusse der Kommunistischen Partei, den Volksentscheid der Faschisten zu unterstützen. Dieser Beschluss wurde von den Nazis und den Stahlhelmen jubelnd begrüsst, denn die reichlich 3 Millionen kommunistischer Wähler fehlten ihnen gerade noch an den erforderlichen 13 1/4 Millionen Ja-Stimmen.

Das Zentralkomitee der KPD. hat das Menschenmögliche getan, um den Faschisten zum Siege zu verhelfen. Der Volksentscheid, der noch am Tage vor dem Beschlusse des Zentralkomitees ein „gros angelegter Volksbetrug“ war, „an dem sich kein Arbeiter beteiligen darf“, war nun auf einmal ein „roter Volksentscheid“. Auf diesen Schwindel sind aber nur wenige kommunistische Arbeiter hereingefallen. Die grosse Mehrheit hat den Beschluss ihrer Führer als das betrachtet, was er ist: der schlimmste Arbeiterverrat, den die Geschichte kennt!

Die Kommunistenführer wollen den Sieg des Faschismus, weil sie nicht mit Unrecht annehmen, dass die Faschistenherrschaft zum Bürgerkrieg führt. Im Bürgerkrieg hoffen sie dann selbst an die Macht zu kommen, ein Sowjetdeutschland nach russischem Muster errichten zu können. Dieses Zieles willen sind sie bereit, wenn auch nicht ihr kostbares Leben, so doch das Leben tausender und aber tausender Arbeiter und Familienväter zu opfern. Ihr Treiben hat mit Politik nichts mehr zu tun, es ist ein einziges Verbrechen an der Arbeiterschaft. Das sehen all-

mählich auch die kommunistischen Arbeiter ein. Dafür spricht die erfreuliche Tatsache, dass am 9. August von den reichlich 3 Millionen kommunistischen Wählern in Preussen nur etwa 600 000 der Parole der Parteizentrale gefolgt sind. Das bedeutet eine schwere Niederlage der kommunistischen Parteileitung.

Das Zentralkomitee der KPD. ist nicht bereit, aus dem Verhalten der über-grossen Mehrheit der kommunistischen Arbeiter die notwendigen Schlüsse zu ziehen. Die Führung der Kommunistischen Partei liegt in Händen von politischen Abenteurern und Berufsrevolutionären, die im Solde Moskaus stehen. Nach aussen tragen bekannte kommunistische Reichstagsabgeordnete die Verantwortung für die Aktionen der KPD., in Wirklichkeit haben diese ebensowenig zu sagen wie die Mitglieder. Wer die Bürschen sind, wie sie heissen, und wie sie aussehen, die in der Parteizentrale der KPD. allein bestimmen, wissen selbst die kommunistischen Funktionäre nicht. Es sind dunkle Gestalten aus Moskau, mit allen schlechten Eigenschaften ihresgleichen. Diese Abenteurer hetzen die Arbeiter zu Verbrechen gegen ihre Mitmenschen und gegen die Polizei auf. Trotz des Demonstrationsverbots rufen sie zu Demonstrationen auf und sorgen dafür, dass es zu blutigen Zusammenstössen kommt. So war es auch am Abend des Volksentscheids in Berlin. An diesem Abend wurden auf dem Bülowplatz zwei Schupooffiziere von kommunistischen Demonstranten meuchlings erschossen. Aus den bisherigen polizeilichen Feststellungen geht hervor, dass die Ermordung planmässig vorbereitet war. Leider ist es noch nicht gelungen, die Mörder zu fassen, aber hoffentlich gelingt dies bald, wie auch die Festnahme der Hintermänner dieses Verbrechens.

Die Erschiessung der Schupooffiziere sollte die Einleitung zu einem grossen Blutbade sein. Zu dieser Vermutung berechtigt jedenfalls der Umstand, dass die Kommunistische Partei wenige Stunden nach der Ermordung der Polizeibeamten das Gerücht verbreitete, auf dem Bülowplatz seien 15 Arbeiter erschossen worden. Das war selbstverständlich gemeiner Schwindel. Die Abenteurer in der kommunistischen Parteizentrale brauchten aber Arbeiter-leichen als Agitation für einen Generalstreik. In der Nacht zum Montag liess die Kommunistische Partei hunderttausende Flugblätter drucken, in welchen unter Hinweis auf die angebliche Ermordung von 15 Arbeitern die Berliner Arbeiterschaft aufgefordert wurde, sofort in den Generalstreik zu treten. Da inzwischen der wahre Sachverhalt von den Vorgängen auf dem Bülowplatz allgemein bekanntgeworden war, haben die Arbeiter die neue Generalstreikparole in heller Empörung zurückgewiesen.

Das Treiben der Zentrale der KPD. hat mit Klassenkampf und sozialistischer Bewegung nichts mehr gemein. Das sollten auch die Arbeiter erkennen, die der Kommunistischen Partei noch angehören. Ein Arbeiter, der es mit sich und seinen Klassen-genossen ehrlich meint, kann nicht Mitglied dieser Kommunistischen Partei sein.

Neue Wartezeit oder nicht?

Der Spruchsenat der Reichsanstalt hat am 16. Januar 1931 (III a Ar. 340/30) eine sehr wichtige Entscheidung gefällt. Strittig war die Frage, ob eine Abmeldung und Unterbrechung des Unterstützungsbezugs gleichzusetzen sei mit dem Eintritt in ein Beschäftigungsverhältnis. In der Entscheidung heisst es unter anderem:

„Hat jemand nach Verlust seiner Arbeitsstelle sich arbeitslos gemeldet und nach Überwindung der Wartezeit zunächst Unterstützung bezogen, dann aber den Bezug der Unterstützung auf längere oder kürzere Zeit unterbrochen, ohne aber in irgendein versicherungspflichtiges oder versicherungsfreies Beschäftigungsverhältnis getreten zu sein, und meldet sich danach wieder beim Arbeitsamt, so ist dies keine neue Arbeitslosmeldung. Es ist dann nur eine Erklärung dem Arbeitsamt gegenüber, dass er noch weiterhin arbeitslos sei und den Unterstützungsbezug fortsetzen will. In diesen Fällen ist es unstatthaft, auch wenn die Unterbrechung länger als sechs Wochen gedauert hat, eine neue Wartezeit zu verhängen. Die Unterstützung muss in allen diesen Fällen vom ersten Tage der Meldung an gezahlt werden.“

Durch diese Entscheidung ist so ganz nebenbei auch bestätigt worden, dass der Arbeitslose berechtigt ist, aus irgendwelchen Gründen, ausgenommen bei Arbeitsannahme, den Unterstützungsbezug zu unterbrechen. Diese Unterbrechung kann, wie in dem der Entscheidung zugrunde liegenden Fall, in Wandschaft bestehen. Der Wortlaut der Entscheidung lässt aber ohne weiteres die Anwendung auf jede andere Art der Unterbrechung zu, z. B. Krankheit, längere Besuche, bei denen auf die Unterstützung verzichtet wird.

Besondere Bedeutung gewinnt diese Entscheidung für solche Kollegen, die aus Arbeitslosigkeit heraus an einem gewerkschaftlichen oder fachlichen Kursus oder Ausbildungsgang teilgenommen haben und nun nach Beendigung dieses wieder Fortgewährung der Unterstützung beantragen. Die Verhängung einer neuen Wartezeit ist nach dieser Entscheidung des Spruchsenats endgültig als unzulässig erklärt und damit einem Ungewissen und je nach der jeweiligen Auffassung des Arbeitsamtsvorsitzenden ungleichen Zustand ein Ende gemacht worden.

K. L.

Gesetzliche Ferienregelung in Frankreich

In Frankreich ist kürzlich ein Gesetz über die Ferien in Kraft getreten. Nach diesem Gesetz haben alle in Industrie, Handel und Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nach einjähriger Beschäftigung im Betrieb einen Rechtsanspruch auf einen bezahlten Urlaub von einer Woche. Nach dreijähriger Beschäftigung beträgt die Feriendauer mindestens zwei Wochen. Jugendliche unter 16 Jahren haben — ohne Rücksicht auf die Dauer der Beschäftigung im Betriebe — Anspruch auf mindestens zwei Wochen Ferien. Für Arbeiter mit Auszeichnungen für langjährige Dienstzeit im gleichen Betriebe erhöht sich die Feriendauer bis um zwei Wochen, allerdings erst nach 50 Dienstjahren. Sofern ein Tarifvertrag günstigere Ferienbestimmungen enthält, gelten diese.

Für jeden Ferientag erhält der Arbeiter den Lohn eines normalen Arbeitstages, wobei etwa übliche oder vereinbarte Natural-lieferungen, die dem Arbeiter wegen der Urlaubstage nicht zugute kommen, mit vergütet werden müssen.

Im Fall der Kündigung des Arbeitsvertrages durch den Unternehmer hat der Arbeiter, sofern seine Entlassung nicht wegen eines schweren Vergehens erfolgt, Anspruch auf einen Urlaub im Verhältnis zur Beschäftigungsdauer im Betrieb. Wird der Arbeitsvertrag vom Arbeiter gekündigt oder wird die Kündigung durch ein schweres Vergehen verursacht, so verfällt das Recht auf Urlaub.

Dem Unternehmer ist es verboten, den Urlaub durch geldliche oder sonstige Vergütungen zu ersetzen oder Arbeitern in der Urlaubszeit irgendwelche andere Aufträge für das Unternehmen zu übertragen. Andererseits kann der Unternehmer die Rückzahlung des Feriengeldes verlangen, wenn der Arbeiter in seiner Urlaubszeit Arbeit in einem anderen Unternehmen verrichtet hat. Bis zum Jahre 1933 gilt das Gesetz nur für Betriebe mit mehr als fünf Arbeitern.

Fertigindustrie für Zollabbau

Das Leipziger Messamt hat in Verbindung mit dem Institut für Konjunkturforschung an viele Firmen der Fertigindustrie die Frage gerichtet: „Würden Sie in einem etwaigen Wegfall der Zölle aller europäischen Länder, einschliesslich Deutschland, einen Schaden oder Nutzen für Ihr Geschäft sehen?“

Das Ergebnis dieser Rundfrage war überraschend. 95 Prozent aller befragten Unternehmer sprachen sich für die Beseitigung der kontinentalen Zollmauer, mithin für eine europäische Zollunion aus. Innerhalb der Produktionsgüterindustrie (Maschinen, Eisenwaren, Elektrotechnik, Bau- und Bürobedarf, Verpackung und Reklame) stimmten sogar 97 Prozent von 1772 befragten Firmen für einen Abbau der Zölle. Ein gleiches Ergebnis wurde bei den Herstellern von Luxus- und Kulturbedarf erzielt. Unter den Herstellern von Musikinstrumenten, Leder- und Schmuckwaren sowie Süswaren stimmte keine einzige Firma für die Beibehaltung des gegenwärtigen Zollsystems. Es klang allgemein der Gedanke durch, dass Deutschland auf die Dauer nichts zu fürchten hat, wenn die Zollmauern abgetragen werden und die natürliche Arbeitsteilung unter den Ländern Europas wiederhergestellt wird.

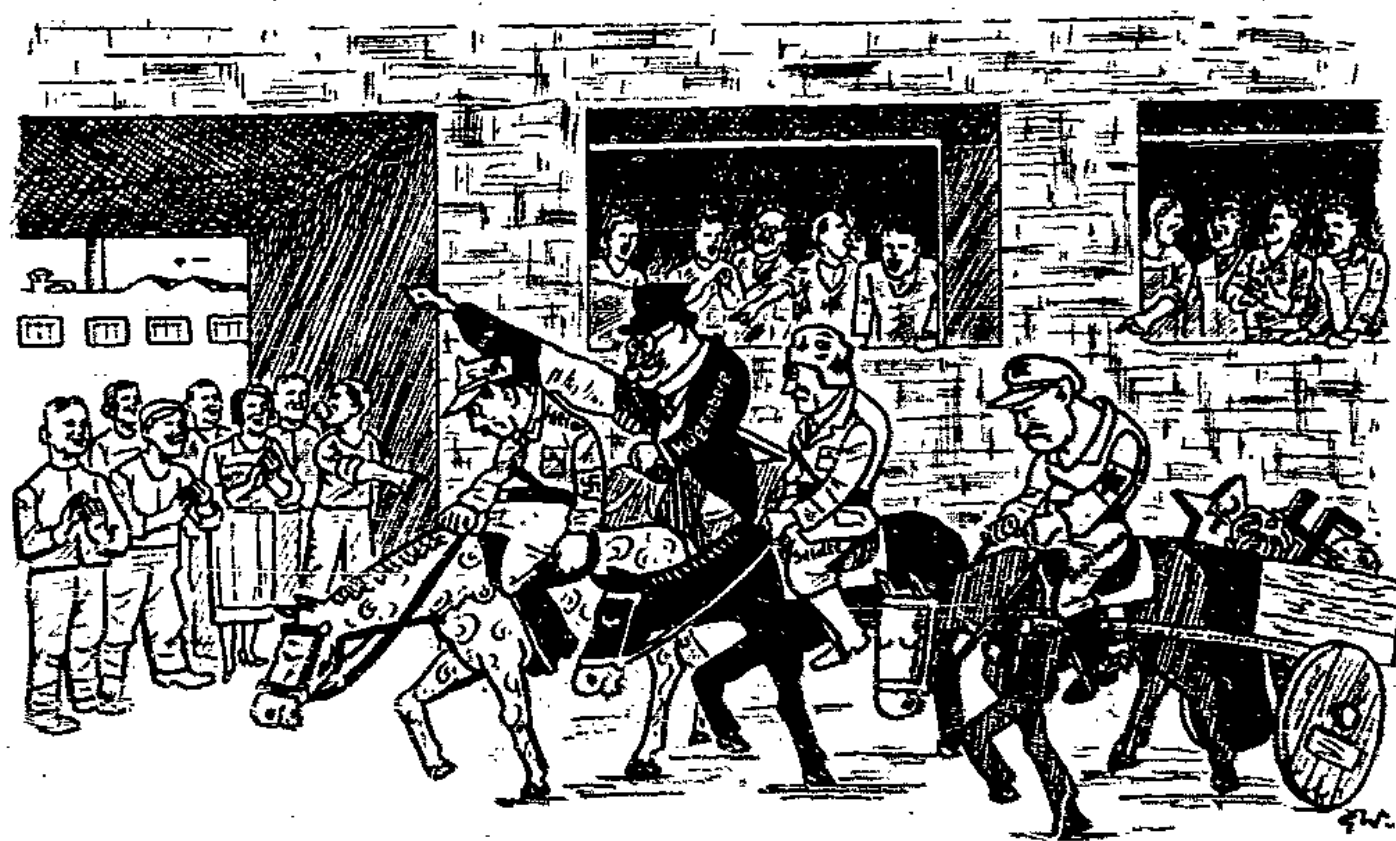
Abbau der Arzthonorare

Die Notverordnung vom 26. Juli 1930 bezweckte eine Einsparung von 10 Prozent der Kosten der Krankenversicherung zugunsten der Arbeitslosenversicherung. Der Zweck ist auch erreicht worden, allerdings nur unter schwerer Belastung der Versicherten. Inzwischen ist die Krankenversicherung selbst notleidend geworden. Mit den sinkenden Löhnen sind auch die Beiträge für die Krankenkassen zurückgegangen. Wenn nun auch das Krankengeld den Löhnen ebenso folgt wie andere Barleistungen, so erfordern die Sachleistungen, also ärztliche Hilfe, Krankenhauskosten usw., im wesentlichen dieselben Kosten wie früher. Auf die Dauer ist das für die Krankenkassen unerträglich.

Die Krankenkassen haben den Ärzten und den übrigen Heilberufen deshalb zu verstehen gegeben, dass auch sie Opfer bringen müssen. Diese Bemühungen haben einen Teilerfolg aufzuweisen. In den Verhandlungen zwischen den Kassen- und Ärzteverbänden haben die Ärzte freiwillig eine Senkung der Arzthonorare zugestanden. Die Abschläge von den Honoraren bewegen sich je nach der Leistungsfähigkeit zwischen 10 und 20 Prozent der im Vor-jahre gezahlten Honorare.

Diese Regelung ist aber nur eine vorläufige; es finden weitere Verhandlungen statt. Bemerkenswert ist, dass die Ärzte für die Endlösung ein System vorschlagen, das darauf hinausläuft, ihre Honoraransprüche eng mit den Löhnen der Versicherten zu verkoppeln. Es soll ein gleitendes Honorar für die Ärzte eingeführt werden, das automatisch den Löhnen der Versicherten folgt. Bei sinkenden Löhnen würde demnach das Honorar der Ärzte auch sinken, während es bei Lohnsteigerungen auch automatisch steigen würde.

Nach dem Volksentscheid in Preussen



Mit Mann und Ross und Wagen hat sie das Volk geschlagen



Aus dem Verbandsleben



Ein Zwangstarif für Württemberg

Der Verband Württembergischer Holzindustrieller hat den Mantel- und Lohntarif für das württembergische Holzgewerbe durch Kündigung am 24. Juni zum Ablauf gebracht. Nachdem er sich im Januar von der reichszentralen Arbeitgeberorganisation des Holzgewerbes losgelöst hatte, verbündete er sich mit dem Verband Württembergischer Schreinerinnungen, um gemeinschaftlich mit diesem die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach den Wünschen der Unternehmer zu formen.

Die Unternehmervverbände verlangten sehr wesentliche Verschlechterungen der Bestimmungen des bisherigen Mantelvertrages und einen weiteren Abbau der Löhne um 12 Prozent. Wiederholte Verhandlungen zwischen den Parteien blieben ergebnislos. Im Vertrauen auf die tatkräftige Mithilfe der Stegerwaldschen Schlichtungsbehörden bei der „Auflockerung der Tarifverträge“ riefen die Unternehmer den Stuttgarter Schlichtungsausschuss zu Hilfe.

Der Spruch des Schlichtungsausschusses bringt zwar keine grundsätzlichen Änderungen des bisherigen Mantelvertrages, jedoch kann der Vertrag am 15. November zum 15. Februar 1932 bereits wieder gekündigt werden. Wirtschaftliche Gründe für eine so kurzfristige Laufdauer eines grossen Vertragswerkes gibt es nicht, wenn man nicht gerade der Meinung ist, dass die Betriebe ständig in Unruhe gehalten werden müssen. Oder wollte sich etwa der Schlichtungsausschuss für später noch weitere Auflockerungsarbeit vorbehalten? Immerhin konnte die kurzfristige Laufdauer für unsere württembergischen Kollegen kein Grund sein, den Schiedsspruch über den Mantelvertrag abzulehnen.

In der Lohnfrage bringt der Spruch des Schlichtungsausschusses einen weiteren Abbau des tariflichen Spitzenlohnes um 6 Pfennig die Stunde. Dieser Spruch ist mit den Stimmen der Unternehmer gefällt worden, was den

Arbeitgeberverband aber nicht hinderte, ihn trotzdem auch noch abzulehnen. Er wollte die Löhne nicht um 6 Pf., sondern um 12 Pf. abbauen.

Noch vor Ablauf der Erklärungsfrist setzte der Landesschlichter Vermittlungsverhandlungen an, die am 12. August in Karlsruhe stattfanden, aber ohne Ergebnis blieben. Der Schlichter bat deshalb die Parteien, mit ihren weiteren Massnahmen noch einen Tag zu warten, da er nochmals einen Vermittlungsversuch unternehmen wolle. Am 13. August, nachmittags 4 Uhr, erhielt unsere Gauleitung vom Schlichter die Einladung zu einer weiteren Besprechung am 14. August. Gleichzeitig aber gab der Schlichter ein Schreiben zur Post, in dem er den Mantel- und den Lohntarif verbindlich erklärte. Von Amts wegen! Oder auf höherem Befehl? Selbst wenn der Landesschlichter auf höhere Weisung so verfahren musste, hätte er offener handeln müssen. Er durfte nicht zum 14. August neue Verhandlungen ansetzen und den Parteien am 13. August den Zwangstarif ins Haus senden.

Es verlohnt sich aber kaum, deshalb mit dem Schlichter zu hadern, denn auch er war ja in seinen Handlungen nicht frei. Die Verantwortung bleibt beim Reichsarbeitsministerium. Von ihm stammt die Richtlinie, keine Verbindlichkeit auszusprechen, sofern der Wirtschaftsfriede nicht in Gefahr ist, oder deutlicher gesagt, den Zwangstarif dort nicht anzuwenden, wo sich die Arbeiterschaft infolge ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse gegen den Lohnabbau nicht mehr wehren kann. Ist es aber so wie in der württembergischen Holzindustrie, dass die Arbeiter den Abbau abwehren können, dann steift sich die Schlichtungsbehörde mit dem Zwangstarif auf die Seite der Unternehmer.

Jetzt weiss man wenigstens, wie es gemeint war, als Stegerwald sagte, er stelle seinen staatlichen Schlichtungsapparat nicht mehr zu einer allgemeinen Lohnsenkung zur Verfügung.

Unser Verbandsjahrbuch für 1930

Mit dem Jahrbuch für das Jahr 1930, das soeben erschienen ist, können die Jahrbücher des Verbandes auf ein 25jähriges Erscheinen zurückblicken. Das erste Jahrbuch des Verbandes wurde auf Grund eines Beschlusses des Kölner Verbandstages für das Jahr 1906 herausgegeben. Wenn in dem Vorwort zu diesem ersten Jahrbuch gesagt wird: „Ein regelmässig erscheinendes Jahrbuch mit einer umfassenden Darstellung der gesamten Wirksamkeit des Verbandes und aller seiner Organe kann ein äusserst nützlich Agitationsmittel für den Verband werden“, dann muss man beim Lesen dieser Zeilen nur wieder bedauern, dass bei unseren Mitgliedern das Jahrbuch auch heute noch nicht die Beachtung findet, die es verdient. Gewiss ist es kein Buch, das man von A bis Z im Zusammenhang durchlesen kann und soll, aber jeder Funktionär und jedes rührige Mitglied muss wissen, was alles in den Jahrbüchern zu finden ist, damit diese einzigartige Quelle im Bedarfsfalle herangezogen werden kann. Es gibt kaum eine Frage aus dem Verbandsleben, über die nicht die Jahrbücher zuverlässig Auskunft geben.

Unser Jahrbuch 1930 ist in übersichtlicher Dreiteilung gehalten. Den Anfang macht eine Darstellung über „Das Wirtschaftsjahr“. Der Kampfboden für die Gewerkschaften ist die Wirtschaft. Darum ist die Gewerkschaftsarbeit aufs engste mit der Wirtschaftsentwicklung verknüpft; sie bildet einen Teil des Wirtschaftsgeschehens. Es ist also ganz natürlich, dass der Tätigkeitsbericht des Verbandes zunächst in grossen Strichen die Entwicklung der Weltwirtschaft, der deutschen Wirtschaft und der Holzwirtschaft anzeigt. In diesem Teil des Jahrbuches ist äusserst wertvolles Material

über die Weltarbeitslosigkeit, über die Produktion, über Preise, Löhne, Aussenhandel und vieles andere enthalten, das sonst nur verstreut an zahlreichen anderen Stellen zu finden und daher den meisten Mitgliedern kaum zugänglich ist.

Das Kernstück des Jahrbuches bildet der dann folgende Abschnitt „Das Kampfjahr“. Unter der Überschrift „Der Verband in der Abwehr“ wird hier von sachkundigster Hand noch einmal die ganze Entwicklung des Vertragswesens im Jahre 1930 geschildert, die wir zwar alle mit erlebt haben, die aber in ihren grossen Zusammenhängen durch die Darstellung im Jahrbuch besonders anschaulich gemacht wird. Neben den Verhältnissen in den grossen Gruppen der Tischler und der Sägewerksarbeiter wird auch die Bewegung in den zahlenmässig weniger stark vertretenen Berufsgruppen des Verbandes geschildert. Ergänzt wird dieser Abschnitt durch die Ergebnisse der Statistik der Lohnbewegungen und der Tarifverträge. Dass die Zahl der an Lohnbewegungen Beteiligten im Vergleich zu früheren Jahren gering erscheint, rührt daher, dass zahlreiche Bewegungen, besonders die grosse Bewegung im Holzgewerbe, am Jahresschluss noch nicht beendet waren und deshalb von der Statistik nicht mit erfasst werden konnten.

Der dritte Abschnitt des Jahrbuches trägt den Titel „Das Verbandsjahr“. Er enthält neben dem Bericht des Vorstandes über Agitation und Verwaltung und einer Darstellung der Mitgliederentwicklung den umfangreichen Kassenbericht. Hier sind ausser den Jahresabrechnungen der Verbandskasse und der Lokalkassen die Einnahmen und Ausgaben jeder einzelnen Verwaltungsstelle zu finden. In weiteren

Kapiteln werden die Invalidenunterstützung behandelt und die Ergebnisse der Arbeitslosenstatistik des Verbandes veröffentlicht. Lesenswert ist der Abschnitt „Betriebsrätewesen“, der eine Auswertung der vorjährigen Umfrage über die Bewährung des Betriebsrätegesetzes darstellt. Unter der Überschrift „Beschickung von Schulen“ ist der erste Lehrgang unseres Verbandes an der Bundesschule in Bernau an Hand der Berichte der 40 Teilnehmer einer kritischen Würdigung unterzogen. Besondere Kapitel sind auch der Jugendarbeit und der Tätigkeit der Branchenabteilung gewidmet. Den Schluss bilden wieder die Berichte der Gauvorstände.

In diesen knappen Angaben ist der Inhalt des 238 Seiten starken Jahrbuches nur angedeutet. Es enthält eine Fülle von Material, das jedem, der sich für das Verbandsleben interessiert, sehr zustatten kommen wird. Mindestens jeder Funktionär des Verbandes sollte den Inhalt des Jahrbuches kennen und muss es als unentbehrliches Nachschlagewerk stets zur Hand haben. O.

Von Hakenkreuzstrolchen niedergestochen

In Lagow in der Provinz Brandenburg überfiel am Tage des preussischen Volksentscheids eine Nazi-SA-Gruppe die Siedlung Neu-Lagow. In dieser Siedlung wohnen hauptsächlich organisierte Arbeiter. Die Nazistrolche hatten es besonders auf die bekannten Gewerkschaftsfunktionäre und Reichsbannerleute abgesehen. Nachdem sie diese beschimpft hatten, griffen sie zum Messer. Dabei erhielt der Vorsitzende unserer dortigen Verwaltungsstelle, Kollege Paul Müller, einen Messerstich in den Rücken. Kollege Müller brach sofort zusammen und musste ins Krankenhaus geschafft werden. Sein Zustand ist bedenklich, da infolge einer Verletzung des Rückgrates eine Lähmung eingetreten ist. Doch hoffen wir zuversichtlich, dass es der ärztlichen Kunst gelingen möge, den Kollegen Müller nicht nur am Leben zu erhalten, sondern ihn auch wieder arbeitsfähig zu machen. In diesem Wunsche fühlen wir uns eins mit den Kollegen und Kolleginnen im ganzen Reiche.

Den Hakenkreuzstrolchen aber sprechen wir unsere tiefste Verachtung aus. Da die Täter bekannt sind, fordern wir ihre baldige und strengste Bestrafung.

Wie ist es mit der Krisenlohnsteuer bei Akkordarbeit?

Im Mitteilungsblatt unserer Hamburger Verwaltungsstelle werden über die Berechnung der Krisenlohnsteuer bei Akkordarbeit folgende beachtenswerte Ausführungen gemacht:

Ab 1. Juli wird auf Grund der Notverordnung allen Arbeitern von dem Bruttolohn Krisenlohnsteuer in Abzug gebracht. Für Lohnarbeiter sind die Bestimmungen klar, anders ist es bei denjenigen, die in Akkord arbeiten. Bei diesen Arbeitern ist nicht der Akkordüberschuss der Massstab, der bei Berechnung der Krisensteuer angewandt werden darf, sondern der Durchschnittsverdienst, den ein Arbeiter während der Zeit erzielt hat, in der in Akkord gearbeitet wurde. Ein Beispiel: Ein Arbeiter hat einen Abschlagslohn von 60 Mk., dann wird ihm zunächst 1 Prozent Krisenlohnsteuer abgezogen. Wenn dieser Kollege dann sechs Wochen in Akkord gearbeitet hat und 150 Mk. Überschuss erzielt, sind nicht 3 Prozent für diesen Überschuss als Krisenlohnsteuer in Abzug zu bringen, sondern die 150 Mk. sind auf die sechs Akkordwochen zu verteilen. Dadurch ergibt sich ein Überverdienst von 25 Mk. pro Woche, hierzu sind die 60 Mk. Abschlagslohn zu rechnen, so dass ein Verdienst von 85 Mk. pro Woche für die endgültige Krisenlohnsteuer zugrunde gelegt werden muss. Der Prozentsatz für die Krisenlohnsteuer ist damit auf 1,5 Prozent festzusetzen. Es ist bei Akkordarbeit darauf zu achten, dass in allen

Fällen der erzielte Überschuss auf die Akkordwochen verteilt wird. Erst dann kann die endgültige Höhe der Krisenlohnsteuer für die in Frage kommenden Wochen richtig errechnet werden.

Prov. Sachsen—Freistaat Anhalt

Das Reichsarbeitsministerium hat die Allgemeinverbindlicherklärung des Lohnabkommens vom 27. Februar 1931 abgelehnt. In dem Schreiben an den Gauvorstand Magdeburg wird das wie folgt begründet: „Eingehende Erhebungen haben ergeben, dass die überwiegende Bedeutung des Tarifvertrages im Regierungsbezirk Magdeburg und im Freistaat Anhalt zweifelhaft ist und in dem weiteren Tarifgebiet nicht vorliegt.“

Diese Entscheidung bedeutet ein Entgegenkommen an die reaktionären Aussenseiter im Unternehmerlager. Die Interessengemeinschaft als Vertragspartner hat nachgewiesen, dass die Mehrzahl der beschäftigten Holzarbeiter in den Betrieben ihrer Mitglieder arbeitet — die Behörden glauben aber den Dorf- und Kellerkrautern, die in der Regel niemals einen Gesellen beschäftigen. Indessen hat die Entscheidung deswegen keine grosse praktische Bedeutung, da das Lohnabkommen infolge Kündigung durch die Unternehmer am 3. September, also in wenigen Wochen abläuft.

Anders ist es mit der Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages. In dem Schreiben des Reichsarbeitsministeriums heisst es nämlich weiter: „Auf Grund der Feststellungen habe ich ferner die allgemeine Verbindlichkeit des Landestarifvertrages nebst Ortsklasseneinteilung vom 26. April 1927 mit Ende August 1931 aufgehoben.“

Diese Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums sind unanfechtbar, wir müssen uns also mit ihnen abfinden. Aber es sind Fehlentscheidungen, sie sind nicht gefällt auf Grund tatsächlicher Verhältnisse, massgebend waren vielmehr die Wünsche tariffeindlicher Unternehmer.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“

Trotz der misslichen wirtschaftlichen Verhältnisse hält der Verband an der Herausgabe seiner fachtechnischen Zeitschrift fest. Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ erscheint unverändert nach Umfang und Ausstattung und steht anerkanntermassen nach wie vor unter den Fachzeitschriften des Holzgewerbes in vorderster Reihe. Es verfolgt aufmerksam die in den letzten Jahren besonders tiefgehende Umwälzung in den Ausdrucksformen, die sich in nicht geringem Masse auch in den Erzeugnissen der Holzindustrie widerspiegelt, und berichtet objektiv über die vorhandenen Strömungen.

Daneben werden ständig spezielle fachtechnische Fragen behandelt. Arbeitsmethoden, Werkzeuge und Maschinen machen eine ständige Entwicklung durch. Die Konstruktionsmöglichkeiten des besonders gearbeiteten Werkstoffes Holz sind so mannigfaltig, dass der einzelne sie unmöglich alle beherrschen kann und daher gern zu einem so vorzüglichen und dabei billigen Mittel der Belehrung greifen wird, wie es unser Fachblatt darstellt. Der Bezugspreis für das mit zahlreichen Zeichnungen und Abbildungen versehene Blatt beträgt vierteljährlich, also für drei Hefte, nur 2 Mk.

Das Fachblatt berücksichtigt neben dem Tischlergewerbe auch zahlreiche andere in unserem Verband vertretene Berufe. Daher ist der Kreis derjenigen Kollegen, die sich mit Nutzen dieses beruflichen Fortbildungsmittels bedienen können, noch sehr gross. Vor allem sollten auch die Ortsverwaltungen bemüht sein, dem „Fachblatt“ neue Anhänger zu gewinnen. Mit jeder Stärkung der Lesergemeinde erweisen die Kollegen sich selbst und auch dem Verband den besten Dienst.

Wolfgang Kuffmann, Stefan Thimmann
H. Am 34. Dorfstrasse, Sölling



Holzindustrie



Holzwirtschaft in Neuseeland

Sonderbericht für die „Holzarbeiter-Zeitung“ von Kurt Offenburg

I.

Nichts beleuchtet klarer die ungeheure Bedeutung der Holzwirtschaft für die neuseeländische Volkswirtschaft als die folgende Tatsache: Im Jahre 1920 wurde ein besonderes Forstministerium gegründet, das seinen Sitz ebenso wie die anderen Ministerien in der Regierungshauptstadt Wellington hat. Ein besonderes Ministerium für Forstfragen? Man wird über diese Massnahme nicht erstaunt sein, wenn man — was in diesen Spalten nur in sehr groben Umrissen geschehen kann — die Forstpolitik Neuseelands vor 1920 und nach diesem Zeitpunkt betrachtet.

Mit dem raschen Andrang europäischer Siedler nach 1840 wurde ein grosser und sehr wertvoller Teil alter Wälder sinnlos vernichtet. Sägemühlen konnten errichtet werden, wo immer es beliebte, und an „Holzzufuhr“ war in dieser Zeit kein Mangel; es wurde hergenommen, wo es am nächsten wuchs, ohne an klimatische Schädigungen oder sonstige Nachteile zu denken. Wo keiner ist, der der Vergeudung wehrt, da bleibt Raubbau das einzige „System“. Verwüstungen durch Feuer, die man nicht löschte, sondern ausbrennen liess, verursachten unberechenbaren Schaden. Goldgräber und die junge Bergbauindustrie taten ein übriges, um Wälder zu vernichten. Es gibt keine bessere Illustration, die den angerichteten Schaden bildhaft machte, als eine amtlich veröffentlichte Zahl, die besagt: Vom ursprünglichen Waldbestand Neuseelands sind heute nur noch 19,1 Prozent übrig! Das entspricht 12 593 000 Acres oder 2270 Millionen Kubikfuss nutzbaren Holzes. Der Staat ist Eigentümer von über 2 Millionen Acres, ferner hat er ein Vorbehaltsrecht auf weitere 5 700 000 Acres.

Die von 1920 an entwickelte Forstpolitik hat als Hauptaufgabe: Erhaltung der verschont gebliebenen Waldungen, um den künftigen Holzbedarf zu decken. Ferner: Wiederaufforstung von Land, das zu Farmzwecken ungeeignet ist, auf dem aber Bäume gedeihen können. Diese Aufforstung kann sowohl vom Staat wie von Gemeinden, von Privatunternehmern wie von Gesellschaften durchgeführt werden. Abgesehen von der späteren Nutzbarkeit, sind diese Neuanpflanzungen heute schon als Klimaregler von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Einer der wertvollsten Bäume, der Kauri (*Agathis australis*), ist heute durchaus Staatsmonopol. Ein unbedeutender Rest in Privatbesitz ist kaum nennenswert. Der Kauri ist ein Weichholz und der grösste aller Bäume in Neuseeland. Er erreicht eine Durchschnittshöhe von 35 Meter bei einem Durchmesser von oft 4 bis 5 Meter. Es war ein unvergesslicher Anblick, als wir zum ersten Male im nördlichen Teil der Nordinsel durch ein Kaurigehölz wanderten: mächtige graubraune Stämme, einer schöner als der andere, alle schnurgerade in den tiefblauen Himmel wachsend.

Heute, da auch die Kauriwälder einst sinnlos abgeholzt wurden, ist dieses nahezu astfreie Holz sehr hoch im Preis, der natürlich mit dem abnehmenden Vorrat immer mehr steigt. Wenn schon ein Regierungsbericht sagt, „es ist sehr bedauerlich, dass der Restbestand dieses wertvollen Nutzholzes jetzt sehr beschränkt ist“, so wird man sich vorstellen können, wie in den vergangenen Jahrzehnten gehaust wurde. Um den — verhältnismässig — kärglichen Rest zu bewahren, traf das Forstministerium in den letzten Jahren folgende Massnahmen: Es werden nur isoliert stehende Baumgruppen gelassen, da sie bei der Unzugänglichkeit und oft weiten Verteilung nicht in den Bereich der Schutzpatrouillen einbezogen werden können. Schutz, gegen wen? Gegen unerlaubte Holzfäller? Nein, aber gegen die „gum-poachers“, wie man die Diebe hier nennt, die die Bäume oft

bis zur Wurzel blosslegen, um nach den honighellen Gumklumpen zu graben. Das Kauri-Gum ist ein versteinertes Harz, und seine Verwertung, vielmehr sein Export, ist Staatsmonopol.

Ein kurzes Wort noch über die wichtigsten Nutzhölzer Neuseelands, bevor wir einen Abriss über die Bedeutung des Holzgewerbes und seine Arbeitsbedingungen geben. Nicht übersehen werden darf, dass Neuseeland zwei grundverschiedene Arten von Waldungen besitzt: subtropische und subantarktische Wälder. Eine genauere Einteilung kann im knappen Rahmen dieses Berichtes leider nicht gegeben werden.

An Weichhölzern kommen vor: Weissfichte. Ihr Holz ist geruchlos und wird hauptsächlich für Butter- und Käseketten verwendet. Schwarzfichte: als Wetterschutzverkleidung und Bodenbelag verarbeitet. Silberfichte, Gelbfichte und Rotfichte: für Eisenbahnschwellen, Telegraphenpfosten usw.

Die Bergzeder: ein schwer brennbares Holz, deshalb besonders für feuersichere Türen verarbeitet; in jüngster Zeit auch zur Fabrikation zweitklassiger Füllbleistifte. An wichtigsten Harthölzern sollen erwähnt sein: die Schwarzbuche, die Silber-, Hart- und Rotbuche. Durch den zunehmenden Mangel an eigenen Harthölzern in Australien glaubt man hier, dass die Rotbuche künftig mehr verlangt werden wird.

Es soll in diesem Zusammenhang die interessante Tatsache nicht unerwähnt bleiben, dass die Bäume nicht etwa mit dem englischen Namen bezeichnet werden — weder im Holzhandel noch in der Umgangssprache, noch in Regierungsberichten — sondern mit den Eingeborenen-, den Maori-Namen. Und es ist bezeichnend, dass die englische Sprache für eine Reihe von Bäumen keinen eigenen Namen erfand; sie hat nur für solche Hölzer eine Bezeichnung, die es auf den englischen Inseln gibt. Aber selbst da, wo die englische Sprache Red Pine (Rotfichte) sagt, gebraucht niemand das Wort im Sprachumgang hier: man sagt Rimu, Kahikatea für die Weissfichte, usw.; und selbstverständlich Kauri, Tanekaha, Totara usw., weil man eben keine andere Bezeichnung hat (abgesehen von der wissenschaftlichen Klassifizierung in Lateinisch).

II.

Nach den neuesten uns zur Verfügung gestellten Zahlen — wir danken an dieser Stelle den Herren F. D. Thomson, B. A., C. M. G., C. W. Clinkard, M. Com., Walter Nash, M. P. für ihre lebenswürdige Unterstützung — belief sich die Zahl der Möbelfabriken und Sägewerke auf 547, wobei der Auckland-Distrikt mit 176 an der Spitze und Wellington mit 102 Betrieben an zweiter Stelle steht. (Es ist wesentlich, bei diesen und den folgenden Zahlen nie zu vergessen, dass die Bevölkerung nur knapp 1,5 Millionen beträgt, um das in sozialer Hinsicht Erreichte voll würdigen zu können.) Diese 547 Betriebe erfassen allerdings nicht sämtliche Holzarbeiter, da ein Teil der im Schiffbau und in Musikinstrumentenfabriken Tätigen weder hier noch in den Mitgliederlisten der verschiedenen Unions gezählt werden. In den 547 Betrieben waren, im Monatsdurchschnitt gerechnet, 8500 Personen beschäftigt (davon 108 Frauen), wovon 7400 (davon 10 Arbeiterinnen) Wochenlohnempfänger waren. Die in einem Jahr gezahlten Löhne betragen 1 600 000 Pfund Sterling (10 Arbeiterinnen 700 Pfund Sterling) an 7400 Wochenlohnempfänger.

Der Index für den Nominallohn betrug 1926: 1766 (1914: 1050), 1927: 1792, 1928: 1834, 1929: 1841. Leider ist dies die letzte zugängliche Indexziffer, aber da im Jahre 1930 kein Lohnabbau zugelassen wurde — wohl teilweise verkürzte Arbeitszeit, aber bei gleichen Löhnen —, erfährt der Nominalindex keine Senkung. Dem gegenüber stand für den effektiven Lohn der Index 1926: 1018 (1914: 985), 1927:

1041, 1928: 1063 und 1929: 1079. Bei diesen Angaben sind Schwankungen in der Arbeitszeit sowie andere Vergünstigungen oder Nachteile nicht einbezogen.

In welchem Verhältnis stehen nun zu diesen Löhnen die Kosten der Lebenshaltung? Sie werden ersichtlich aus der folgenden Tabelle für Nominal- und Effektivlöhne aller Arbeitergruppen; die besonderen, für die Holzarbeiter geltenden Ziffern können aus dem oben Dargelegten in Vergleich gezogen werden:

Jahr	Kleinhandelspreise	Nominallohn	Effektivlohn
1926	1628	1579	970
1927	1615	1604	993
1928	1618	1656	1023
1929	1600	1658	1036

Man ersieht daraus, dass der wirkliche Lohn — im Verhältnis zur Kaufkraft — nur 36 Punkte über dem Stand von 1914 ist. In einigen europäischen Ländern, so geht die Sage, soll er unter dem Stand von 1914 sein.

Die Arbeitszeit für Tischler ist von 1926 bis heute (Frühjahr 1931) unverändert geblieben; für Holzarbeiter in Fabriken beträgt sie 44 Stunden, für Sägewerksarbeiter 46½ Stunden.

Der Mindestdurchschnittslohn für die im Holzgewerbe Beschäftigten — geteilt in die beiden Gruppen: Tischler und Sägewerksarbeiter — betrug, stets umgerechnet in Mark: 1914: 64,75 Mk., 1926: 97,15 Mk. und blieb von 1927 bis heute unverändert mit 101,75 Mk. für Tischler. Für Sägewerksarbeiter: Säger: 1914: 53 Mk., 1926: 103,25 Mk.; Zugschneider: 1914: 43,75 Mk., 1926: 89,10 Mk.; Stapelplatzarbeiter: 1914: 55,70 Mk., 1926: 102 Mk.; seit 1926 sind die Löhne unverändert geblieben. Vor dem Arbeitsschiedsgericht war in den Jahren 1925 bis 1928 kein einziger Fall und 1929 nur einer, in dem 18 Arbeiter gegen den Unternehmer vorgingen. Es wurden bei diesem Fall 1 Tag oder, da 18 Mann aussetzten, 18 Arbeitstage verloren mit einem ungefähren Lohnverlust von 360 Mk.

Nichts kann ein besseres Zeugnis ablegen für die Macht der Gewerkschaftsorganisation in Neuseeland (das man oft das „sozialistische“ Dominion nannte) als die geringe Anzahl der Schiedsgerichtsstreitigkeiten, ihre Dauer und ihre Ursachen. Im ganzen waren im Jahre 1929 nur 47 Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern (die Bergarbeiter mit 24 Fällen sind an erster, die Hafnarbeiter mit 15 an zweiter und die Lebensmittelarbeiter mit 6 Fällen an dritter Stelle), deren Hauptursachen dreimal Lohnfragen, 27mal andere Arbeitsbedingungen waren. Die Entscheidungen fielen meistens zugunsten der Arbeiter aus (15 gegen 11), und wo keine eindeutige Klärung erreicht wurde, war die Streitigkeit nie vor einem Schiedsgericht: die 15 Kompromisse und sechs vorläufige Regelungen wurden durch Privatvereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern erreicht. (Schluss folgt.)

Syndizierung der polnischen Holzausfuhr

Die Gründung eines polnischen Holzexportersyndikats, von dem seit langem die Rede war, ist jetzt erfolgt und es wird seine Tätigkeit am 1. November aufnehmen. An diesem Tage sollen die angekündigten neuen Holzausfuhrzölle in Kraft treten, von deren Entrichtung nur die durch die Kontrolle des Syndikats gegangenen Holzausfuhrmengen befreit werden sollen.

Das Holzexportersyndikat wird zunächst die Form von 10 Exportsektionen bei den Verbänden der Waldbesitzer haben, und zwar werden fünf Sektionen für Papierholz und fünf Sektionen für Nadel- und Laubholz gebildet. Je eine Sektion für Papierholz und für Nadel- und Laubholz wird beim Verband der Waldbesitzervereine Polens errichtet, die anderen je vier Sektionen bei den vier provinziellen Waldbesitzervereinigungen in Warschau, Lemberg, Krakau und Wilna.

Abziehsteine

Unter Abziehsteinen versteht man besonders feinkörnige Schleifsteine, die einer Schneide den letzten Schliff oder erst die Schärfe geben sollen. Als Materialien für solche Steine kommen verschiedene in Frage. Der Stein muss gehärteten Stahl noch eben angreifen, ohne ihn aber zu stark zu beanspruchen, da sonst leicht die feine Schneide verletzt werden kann. Ausserdem kommt es darauf an, dass der Stein ein gleichmässiges Gefüge hat, andernfalls die Schneide ungleichmässig scharf wird.

Nach diesen Bedingungen kennt man eine ganze Anzahl von Abziehsteinen, solche künstlicher oder natürlicher Art. Die künstlichen zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie dem Verwendungszweck in bezug auf Härte und Körnung angepasst werden können. Ausserdem haben sie ein stets gleichbleibendes Gefüge, zeigen weder Risse noch Adern. Trotzdem vermochten sie bisher die natürlichen Abziehsteine nicht zu ersetzen. Dies gilt vor allem für viele Spezialzwecke, wo es auf eine besonders feine, gut abgezogene Schneide ankommt. Es ist bisher noch nicht möglich, die unerreicht feine Zusammensetzung, die ein natürlicher Abziehstein hat, künstlich herzustellen. Ausserdem ist ein natürlicher Stein bedeutend haltbarer und widerstandsfähiger als ein künstlicher.

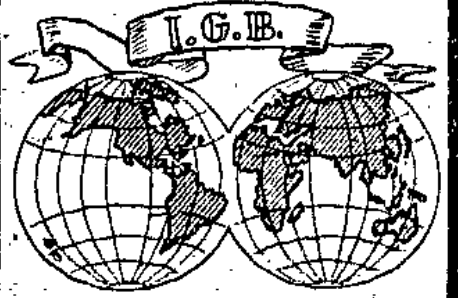
Die bekanntesten und wohl am meisten gebrauchten natürlichen Steine sind wohl die Arkansas- oder Mississippi-Abziehsteine, die in ziemlich grossen Mengen in Arkansas, einem südwestlichen Staat der nordamerikanischen Union, zutage treten. Hier befindet sich in dem sogenannten Washita-Tal ein grosses Lager von Gesteinsmassen, aus denen dieser Abziehstein gebrochen wird. Eine Verarbeitung dieses Steines, abgesehen von dem Reinigen und Schneiden, findet nicht statt, er wird nur vor dem Versand lange Zeit gründlich ausgekocht. Das Material dieser Steine hat einen sehr hohen Gehalt an Kieselsäure. Es ist seiner geologischen Bestimmung nach ein chalzedonhaltiges Gestein, das so hart ist, dass es sich nur mit Diamantsägen schneiden lässt. Mississippisteine sind für feinste Schneiden geradezu unentbehrlich. Beim Abziehen werden sie mit einem wasserhellen, harz- und säurefreien Öl versehen. Es empfiehlt sich, diese Steine je nach dem Gebrauch öfters auszukochen. Dem Wasser setzt man zweckmässig einige Körner Kochsalz hinzu.

Die unter dem Namen „Belgische Brocken“ bekannten Abziehsteine finden ebenfalls weitgehende Verwendung, obgleich einige inländische Steine den gleichen Zweck erfüllen könnten. Man muss bei dem Erwerb dieser Abziehsteine aufpassen, dass man nicht eine der vielen im Handel befindlichen minderen Qualitäten bekommt. So gibt es belgische Abziehsteine, die oft schwammig, porös, adrig sind, welche Fehler natürlich ihre Güte stark beeinträchtigen. Die „Belgischen Brocken“ unterscheiden sich von den deutschen natürlichen Abziehsteinen durch ihre hellgelbe bis weisse Farbe. Allgemein herrscht die Ansicht vor, dass, je heller der Stein ist, je besser sei er. Aus diesem Grunde werden auch die deutschen Steine so vielfach von den Verbrauchern abgelehnt. Es sollten sich recht viele Fachleute dazu entschliessen, eine Probe mit dem deutschen und dem belgischen Material zu machen, damit auf diese Weise das Vorurteil gegen unsere dunkleren Steine aufhört.

Unsere einheimischen Fundstellen von Abziehsteinen liegen vor allem im Thüringer Wald und in Bayern. Bekannt dürfte auch der Hiltfberger Stein sein, der sich nach Urteilen von Sachverständigen und eingehenden Versuchen in nichts von dem „Belgischen Brocken“ unterscheidet. Auch weiches Schiefermaterial ergibt brauchbare Abziehsteine. Schiefer wird vielfach im rheinischen Schiefergebirge gefunden. A. N.



Gewerkschaftsbewegung



Die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses

Der 14. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands tritt am 31. August in Frankfurt a. M. zusammen. Nachstehend veröffentlichen wir seine vom Bundesvorstand beschlossene Tagesordnung:

1. Wahl der Kongressleitung und der Kommissionen.
2. Bericht des Bundesvorstandes. (Berichterstatter: Th. Leipart, Bundesvorsitzender.)
3. Die Umwälzungen in der Wirtschaft und die Vierzigstundenwoche. (Berichterstatter: Professor Dr. Lederer, Heidelberg.)
4. Öffentliche und private Wirtschaft. (Berichterstatter: Oberbürgermeister Brauer, Altona.)
5. Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts. (Berichterstatter: Bundessekretär Nörpel.)
6. Anträge zu den Bundessatzungen.
7. Wahl des Bundesvorstandes.
8. Erledigung sonstiger Anträge.

Auf die Bedeutung des Gewerkschaftskongresses kommen wir in der nächsten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ zurück.

Tagung des Bundesausschusses

Am 10. August trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner 14. Sitzung zusammen, die vor allem der Vorbereitung des Gewerkschaftskongresses in Frankfurt diente.

Der Bundesvorsitzende Leipart ging in seinen einleitenden Ausführungen von dem Ergebnis des preussischen Volksentscheids aus. Die rechtsradikalen Parteien, die zur Eroberung Preussens und damit Deutschlands in den Kampf zogen, haben sich die erwartete und verdiente Niederlage geholt, deren Grösse keine Schönfärberei in ihrer Presse verschleiern kann. Jetzt wird hoffentlich der hier und da aufgetretene Kleinmut überall verschwinden, denn das Ergebnis des Volksentscheids zeigt klar, dass der weit aus überwiegende Teil des Volkes sich zu der gegenwärtigen Staatsform bekennt. Die Entscheidung vom 9. August klärt die innerpolitische Situation und fordert entschiedenes Handeln. Die Gewerkschaften müssen erwarten, dass die verantwortlichen Stellen in Preussen wie im Reich jetzt endlich mit durchgreifender Energie die allgemein erwarteten Massnahmen gegen die radikalen staats- und gesellschaftszerstörenden Elemente ergreifen. Die radikalen Parteien haben schon zu lange ihr frevelhaftes Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes getrieben. Es ist höchste Zeit, dass diesem Unwesen mit Entschiedenheit Halt geboten wird.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, dass die deutsche Arbeiterschaft aus dem gesinnungslosen Verhalten der kommunistischen Partei die notwendige Lehre ziehen wird. Die grosse Masse der kommunistischen Anhänger ist am 9. August nicht zur Wahlurne gegangen. Sie haben sich dem Parteibeifall nicht gefügt. Diese Haltung der denkenden kommunistischen Arbeiter zeigt bereits die Entwicklung, die sich in den Reihen der Arbeiterschaft anbahnt. Es ist jetzt eine der wichtigsten Aufgaben für alle Gewerkschafter, ihre ganze Energie dafür einzusetzen, diese Entwicklung vorwärtszudrängen, den Arbeitern zu zeigen, wofür sie der blinde Radikalismus der kommunistischen Partei führt, und endlich die Gesundung der deutschen

Arbeiterbewegung zu erreichen und ihre Einheit wiederherzustellen.

Die Ausführungen Leiparts, oft vom lebhaften Beifall der Verbandsvertreter unterbrochen, fanden die einmütige Zustimmung des Bundesausschusses.

Im Anschluss daran erstattete Leipart den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er schilderte die zur Behebung und Milderung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage erhobenen Forderungen und eingeleiteten Schritte. Insbesondere protestierte er dagegen, dass die Reichsregierung vor den wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen, die sie in den letzten Wochen zu treffen hatte, die Gewerkschaften nicht zu Rate gezogen habe, während die Unternehmer und ihre Organisationen ständig in Fühlung mit dem Kabinett gestanden hätten. Es liege in der Linie dieser einseitigen politischen Stellungnahme, dass die Reichsregierung zwar das Geld für die Sanierung der Grossbanken hergegeben, aber keineswegs dafür gesorgt habe, dem Reich entsprechenden Einfluss zu sichern. Schon jetzt zeige sich, dass da und dort nicht in zureichendem Masse für die Sicherheit der Lohnzahlungen gesorgt worden ist. Die Gewerkschaften halten sich durch besondere Erhebungen hierüber auf dem laufenden und werden weiter mit grösster Entschiedenheit dafür sorgen, dass die Existenzsicherheit der heute noch arbeitenden werktätigen Bevölkerung nicht gefährdet wird.

Im besonderen ging Leipart dann auf die vom Bundesvorstand eingenommene Haltung in der Frage der Lehrlingsordnung ein. Bei ihrem Abschluss ist dringend zu beachten, dass durch die in ihr enthaltenen Regelungen die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Lehrlingsfragen gewahrt bleibt.

Anschliessend berichtete der Vorsitzende des Fachausschusses für die Gewerkschaftspresse, Scheffler, über die Entwicklung der Gewerkschaftspresse, über ihre Ausgestaltung zu Familienblättern, die nicht nur von den Mitgliedern, sondern auch von ihren Angehörigen mit Interesse gelesen werden, sowie über Neuerungen in der äusseren Aufmachung und im Versand der Blätter. Die Gewerkschaftspresse erreicht einen so weiten Leserkreis wie kein anderer Zweig der deutschen Presse. Trotzdem wird sie heute noch keineswegs in ihrer Bedeutung gewürdigt, insbesondere wird sie noch von manchen behördlichen Stellen bei Besprechungen und bei der Erteilung von Informationen entweder ausgeschaltet oder ungenügend berücksichtigt. Der Fachausschuss wird nach wie vor bemüht sein, diese mangelnde Berücksichtigung zu beheben.

Der Bundesausschuss beschäftigte sich weiterhin mit der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes. Infolge der Bedeutungslosigkeit dieser Massnahme wurde von einer besonderen Beschlussfassung Abstand genommen. Der Entwicklung der Dinge wird aber besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, um zu verhüten, dass sich durch den freiwilligen Arbeitsdienst schädliche Wirkungen für die Lage der Arbeiterschaft ergeben.

Zum Gewerkschaftskongress teilt Leipart mit, dass der Bundesvorstand beschlossen hat, den Kongress zu einer reinen Arbeitstagung zu gestalten und alle Veranstaltungen festlicher Art, wie sie sonst Kongresse zu begleiten pflegen, zu unterlassen. Der Ernst der Zeit erfordere es, dem Gewerkschaftskongress dieses Gepräge zu geben. An einem Tage wird der Kongress eine öffentliche Tagung in Mainz

Gewerkschaftliche Verbandstagungen

Der Einheitsverband der Eisenbahner hielt seinen Verbandstag in der Woche vom 21. bis 28. Juni in Hamburg. Der vom Vorstand erstattete Geschäftsbericht erstreckte sich auf drei Jahre, in welchen sich der Verband recht gut entwickelt hat. Das Vermögen des Verbandes ist von 3,1 Millionen Mark im Jahre 1925 auf 5,7 Millionen Mark im Jahre 1930 gestiegen. In der Aussprache kam zum Ausdruck, dass sich die Verbandsleitung des vollen Vertrauens der Mitglieder erfreut. In einer Entschliessung nahm der Verbandstag Stellung zur Reparationsfrage. In ihr wird der Ansicht des Verbandstages dahin Ausdruck gegeben, dass eine volle Befriedigung der Welt nur erreicht werden kann, wenn alle auf dem Kriege beruhenden zwischenstaatlichen Schulden und Zahlungsverpflichtungen beseitigt werden. Da die politischen Machtverhältnisse zur Zeit einer völligen Verwirklichung dieses Zieles unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, fordert der Verbandstag eine sofortige Neuregelung der Reparationsabkommen mit dem Ziele einer wesentlichen Herabsetzung der deutschen Reparationsleistungen.

Einen breiten Raum in den Erörterungen des Verbandstages nahm die Notverordnung ein. Der Verbandstag billigte die Haltung der gewerkschaftlichen Organisationen. Dagegen wurde entschiedene Abkehr von der Arbeitszeitpolitik der Reichsbahn gefordert. Jetzt liegen die Dinge so, dass ein Teil der Reichsbahnarbeiter und die Beamten Arbeitszeiten bis 57 Stunden in der Woche leisten müssen, während einem anderen Teil der Arbeiter Kurzarbeit zugemutet wird.

Nach einem sehr instruktiven Referat von Fritz Naphtali über den „Weg von der kapitalistischen Wirtschaft zur Gemeinwirtschaft“ hielt der 2. Vorsitzende des Verbandes, Herrmann, einen Vortrag über die Verkehrspolitik Deutschlands. Der Verbandstag erledigte sodann innere Angelegenheiten. Ein neues Statut wurde angenommen, durch welches die Beiträge und Unterstützungen eine Neuregelung fanden. Die beiden Vorsitzenden Scheffler und Herrmann sowie die übrigen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt.

Der 17. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter wurde in den Tagen vom 5. bis 11. Juli in München abgehalten. Seit einigen Jahren ist der Keramische Bund dem Fabrikarbeiter-Verband angeschlossen. Auf dem Verbandstag konnte festgestellt werden, dass sich die Verschmelzung bewährt habe, doch soll ein noch innigeres Verhältnis herbeigeführt werden. Bis jetzt ist der Sitz des Verbandes und des Verbandsorgans, „Der Proletarier“, in Hannover, während der Keramische Bund und dessen Organ, das den gleichen Titel führt, ihren Sitz in Berlin haben. Die Zusammenlegung der beiden Leitungen soll angestrebt werden, insbesondere die Verschmelzung der beiden Verbandszeitungen. Nach einem Vortrage von Wissell über „Die deutsche Wirtschaft“, der als Sonderdruck erscheinen soll, wurde der Bericht über die Tarif- und Lohnbewegung entgegengenommen. Sodann folgte das Referat des Vorstandsmitgliedes Schmidt über Arbeitsrecht und Reichsarbeitsgericht. Bei der Beratung der zum Statut gestellten Anträge wurde auf die grosse Arbeitslosigkeit Bezug genommen, die sich auch im Fabrikarbeiter-Verband ausgewirkt hat. Dementsprechend wurden einige Änderungen in den Bestimmungen über das Unterstützungswesen vorgenommen.

Das bedeutsamste Ereignis dieses Verbandstages ist der Rücktritt des Verbandsvorsitzenden, August Brey, der 41 Jahre lang Vorsitzender des Verbandes war und weit über den Kreis der Verbandsmitglieder hinaus geehrt wird als einer der markantesten Führer der deutschen Arbeiterbewegung. Gleichzeitig mit Brey ist auch Emil

Girbig, der bis zur Verschmelzung Vorsitzender des Glasarbeiter-Verbandes war, infolge seines Alters vom Amte zurückgetreten.

Der Verband der Hutarbeiter, dessen Verbandstag am 12. Juli in Ulm eröffnet wurde, konnte gleichzeitig sein 60-jähriges Bestehen feiern. Der Zentralverein Deutscher Hutmacher wurde auf dem Kongress gegründet, der im Juli 1872 in Leipzig abgehalten wurde. Obwohl die Mitglieder der Organisation schwer unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben, hat sich der Verband verhältnismässig gut gehalten. Der Mitgliederstand ist im letzten Jahre um 192 auf 16740 zurückgegangen. Der Kassenbericht schliesst für 1930 bei 501549 Mk. Einnahmen und 411637 Ausgaben mit einem erheblichen Überschuss ab. Der Verbandstag beauftragte den Vorstand, zu gegebener Zeit die Zusammenlegung der Organe des deutschen und des österreichischen Hutarbeiter-Verbandes herbeizuführen. Eine erhebliche Rolle auf dem Verbandstag spielte wieder die Frage der Sitzverlegung. Der Verband hat bisher seinen Sitz in Altenburg. Gegen eine erhebliche Minderheit wurde die Sitzverlegung nach Berlin beschlossen. Der seitherige Vorstand wurde wiedergewählt.

40 Jahre Textilarbeiter-Verband

Der Deutsche Textilarbeiter-Verband kann nunmehr auf eine 40jährige arbeits- und erfolgreiche Geschichte zurückblicken. Seine Gründung erfolgte auf dem „Ersten deutschen Textilarbeiter- und -arbeiterinnenkongress“ am 29. und 30. März 1891 in Pöschneck. Schon vorher war wiederholt der Versuch gemacht worden, die Textilarbeiter zu organisieren. Am 15. Mai 1869 erfolgte in Leipzig die Gründung der „Internationalen Gewerkschaftsgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter“. Der Sitz dieser Organisation war schon damals die weltberühmte Weberstadt Crimmitschau. Diese Organisation bestand bis 1878, am 10. Dezember dieses Jahres erfolgte auf Grund des Sozialistengesetzes ihre polizeiliche Auflösung. Nach einigen Jahren, 1884, entstand eine neue Vereinigung, der „Deutsche Manufakturarbeiter- und -arbeiterinnenverein“. Auch diese Organisation verfiel 1887 der polizeilichen Auflösung. Damit war die Organisationsform kaputt geschlagen, der Organisationsgedanke aber lebte nach wie vor weiter. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes am 30. September 1890 wurden sofort die Vorbereitungen für die Gründung eines neuen Zentralverbandes getroffen, die dann im März 1891 auch erfolgte. Aus kleinen Anfängen heraus wuchs eine Organisation empor, die heute zu den grössten und leistungsfähigsten der deutschen Gewerkschaftsbewegung gehört. — Aus Anlass des 40jährigen Jubiläums erscheint „Der Textilarbeiter“ in einem sehr gefälligen Festgewand und mit entsprechendem Inhalt.

Notmassnahmen des Baugewerksbundes

Der Baugewerksbund hat auf seiner letzten Tagung des Bundesbeirats eine gewisse Einschränkung der Unterstützungsleistungen beschlossen. Zu diesen Massnahmen ist der Baugewerksbund durch die grosse Arbeitslosigkeit unter seinen Mitgliedern gezwungen. Seit vielen Wochen schon ist mehr als die Hälfte der Bauarbeiter völlig arbeitslos, und wahrscheinlich wird es in den nächsten Wochen noch viel schlimmer werden. Die Unterstützungsansprüche erreichen eine nie gekannte Höhe. Im Jahre 1930 gab der Baugewerksbund allein für Unterstützungen 15,5 Millionen Mark aus. In diesem Jahre überschritten die Ausgaben die Einnahmen um rund 6 Millionen Mark. Fast ebenso gross ist die Mehrausgabe bereits im ersten Halbjahr 1931. Durch die gefassten Beschlüsse soll eine gewisse Anpassung der Ausgaben an die Einnahmen erreicht werden.



Unterhaltung und Wissen



Der Faschist Von Henning Duderstadt Arbeitslos, arbeitslos!

Das geht jetzt ins dritte Jahr. Zum Teufel noch eins, Hinrich Michelsen ist doch nicht der erste beste, hat doch mit seiner norddeutschen Statur von 1,84 Meter, mit den Fäusten und Muskeln, die zupacken können und wissen, was Arbeit heisst, als Tischler gelernt, hat einen klaren Kopf und helle hamburgische Augen und beherrscht Hobel und Reisszeug, Kreissäge und was sonst noch dazu gehört. Neunzehn Jahre ist er alt, hat nie mit den Gesetzen in Konflikt gestanden, weiss aus eigener Erfahrung nicht, was ein Kriminalkommissar, ein Staatsanwalt, ein Untersuchungsrichter ist, und — Mensch, ick bin doch en Kierl — da soll er, zum Donnerwetter noch eins, auf der Strasse herumlungern, Woche für Woche von der Stütze leben und endlich der öffentlichen Wohlfahrt zur Last fallen!

Hinrich Michelsen überlegte: Mit Recht ging in seinen aufgeweckten Schädel nicht hinein, dass dies in der Ordnung wäre. Und wenn der Student, der bei seiner Mutter, der 50jährigen Witwe Michelsen, als Mieter wohnte und jetzt nach seinen Heidelberger Schmissen und der Greifswalder Studienzeit als Neffe einer alten Patrizierfamilie in Hamburg aufs Examen ging, ihm erzählte, dass hieran nur die verfluchte rote marxistische Missregierung und das Bonzentum der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften schuld hätten, und er dann seinen eigenen Ärger, seine Wut, seine Not überlegte, dann dünkte es ihn, dass der Student doch wohl in manchem recht haben müsste.



„Sehen Sie, Herr Michelsen, früher hatten wir Ordnung, Gehorsam, Disziplin. Eine starke Monarchie, die auf die Quatschbude der Reichstagsabgeordneten und unserer Bürgerschaftsönkel keine Rücksicht nahm, sondern regierte, sorgte dafür, dass Querulanten und sogenannte marxistische Arbeitervertreter nicht Oberwasser bekamen. Damals war zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein patriarchalisches Verhältnis. Mein Onkel, der damals 900 Arbeiter beschäftigte, kann heute nur 250 Menschen Beschäftigung und Lohn geben. Warum? Weil die Sozis, die Gewerkschaftsbunzen im Weltkrieg unser Heer verraten und nachher auch unsere Wirtschaft ruiniert haben. Gott sei Dank, jetzt wird die Sache langsam anders. Hitler wird es schon schaffen. Das ist der einzige Mann, der als Nationalsozialist die Interessen der Arbeiter ebenso in den Augen hat wie die Interessen der Arbeitgeber. Ich als gebildeter studierter Mann kenne die Dinge ganz genau. Und wenn ich Ihnen das sage, dann stimmt es, und Sie können sich darauf verlassen. Meine Eltern haben nicht umsonst die Kollegs bezahlt.“

Das klang doch so einleuchtend, und es war doch auch tatsächlich so, dass die Zahl der Arbeitslosen immer mehr zunahm. Wo von sollte man leben! Hinrich Michelsen, der bis dahin von der Politik nichts gehalten hatte, trat in die NSDAP ein, und bald war er Angehöriger eines Stosstrupps. Oh, da waren schon Redner! Die wussten es dem Arbeiter richtig zu sagen. Da kam ein Doktor aus Berlin, ein kleiner Herr, mit etwas jüdischem Aussehen zwar, was so zu nicht ins Programm der Partei passen sollte. Aber er redete davon, dass man Deutschland befreien müsse, dass dadurch erst alle Arbeiter Arbeit bekämen, wenn

wir die Reparationszahlungen nicht mehr zu leisten hätten, und dass wahrer Frontgeist alle Deutschen beseelen müsse. Zwar hatte der Doktor von Natur einen Klumpfuß, und im letzten Weltkrieg war er deshalb vom Schützengraben dispensiert gewesen. Aber er schien es doch ehrlich zu meinen; zwar sprach er und gestikuliert wie ein gelernter Schauspieler. Doch er konnte tosenden Beifall wecken und die Tränendrüsen bewegen. Kurzum, der Berliner Doktor musste imponieren.

Der junge Tischler ging in seiner Partei auf. Freilich, freilich, was ihm Nachbarn und alte Schulfreunde berichteten, was er aus Flugzetteln erfuhr, die durch den Türspalt gesteckt wurden, klang ja weniger verlockend. Da war die Rede davon, dass ausgerechnet Generale und Prinzen auf diese sozialistische Arbeiterpartei des Herrn Hitler schworen. Was sollten dem Tischler Hinrich Michelsen Generale und Prinzen geben? Für die war er doch ein gewöhnlicher Prolet, Kanonenfutter eventuell, wie es sein Vater gewesen war, der an der Somme hatte ins Gras beißen müssen, während die hohen Herren hinten im sicheren Quartier Kalbsbraten frassen und Champagner sofften. Noch mehr aber empföhrte ihn, was er über einen sächsischen Fabrikanten, auch einen Führer dieser Arbeiterpartei, lesen musste. Der bezahlte seine Arbeiter miserabel, der kümmerte sich nicht um Recht und Verträge, der verlangte Überstunden umsonst, der entliess junge Proletariernädel Hals über Kopf, schmiss sie mit einem Fusstritt hinaus aus der Bude. Freilich, der Stosstruppführer, ein adeliger Oberleutnant a. D., erzählte ihnen, dass alle diese Behauptungen marxistischer Schwindler seien. Hinrich Michelsen, der auf den Studenten und auf den Oberleutnant baute, war um so mehr beruhigt, als er sah, dass viele Klassengenossen gleich ihm der Hakenkreuzfahne folgten.

Aber es bohrten doch Zweifel in ihm. Sein Onkel, ein alter Gewerkschafter und sozialdemokratisch organisierter Arbeiter, hatte ihn, als er den Neffen zum erstenmal im braunen Hemde der Nazis sah, mit Entsetzen angeschaut und gesagt: „Hinrich, ick scham mi för di.“ Seine früheren Arbeitskollegen sahen ihn auch als einen Verräter an. Aber er, der kräftige, selbstbewusste Hamburger Junge, wusste ihnen zu antworten. Im Mitteilungsblatt seiner Partei war verkündet worden, dass der grosse Parteiführer selbst, Adolf Hitler, nach Hamburg kommen würde, um dort zu allen, zu Bürgern und Arbeitern zu sprechen von der Befreiung des deutschen Volkes und der Gründung des Dritten Reiches, das ein wahres Heil auf Erden bedeuten würde. Da sollten sie nur hinkommen, die anderen, die noch eingelullt waren von marxistischen Sozis und üblen Gewerkschaftsbunzen. Da würden sie sehen, was eine Harke ist. Hinrich Michelsen ging den richtigen Weg!

Adolf Hitler kam. Aber die Enttäuschung war fürchterlich. Wo war Hitler? Sprach er sich mit den Arbeitern aus über ihre Nöte und Sorgen? Sass er mit ihnen zusammen, er, der Führer der Arbeiterpartei? Den hohen Herrn gingen ihre Nöte nichts an. Er war in Frack und Lack und Claque bei den Hamburger Reedern, den Scharfmachern, dem Klub der „ganz Feinen“, wie man sie nannte, die noch wenige Wochen zuvor wiederum Hunderte von Arbeitern auf die Strasse gesetzt hatten. Er dinierte, das Feinste vom Feinen, er labte sich — „ganz wie Wilhelm“, sagte sein Onkel am nächsten Tage — an den köstlichsten Weinen und den herrlichsten Delikatessen, nur um die Arbeiter, ja, um die kümmerte er sich nicht.

Das gab Hinrich Michelsen einen Stich. Er war enttäuscht. Das hatte er nicht erwartet. Da sah er jeden Morgen, pünktlich 7½ Uhr, den Gewerkschaftssekretär, der ein Haus weiter wohnte, ins Büro aufbrechen. Da wusste er, dass der ausserdem noch in der Wohlfahrt, in der Bürgerschaft und sonstwo tätig war. Da erzählte ihm

sein Onkel von dem sozialdemokratischen Senator, der niemals vergass, dass er als Arbeiter angefangen hatte. Da waren sie alle, die kleinen Parteigenossen und Funktionäre, die sich die Sohlen abliefern, von Wohnung zu Wohnung gingen, unermüdet Tag und Nacht für Partei und Gewerkschaft arbeitend. Und sein Parteiführer, sein Adolf Hitler, pokulierte und futterte mit den Reichsten der Reichen. Hinrich Michelsen stützte den Kopf in die Hand und bekannte: „Die Nazis sind keine Arbeiterpartei. Sie verraten uns.“



Als er das nächste Mal seinen Onkel traf und ein Bekenntnis ablegte, sagte der zu ihm, und diesmal sprach er, was nur bei feierlichen Gelegenheiten geschah, hochdeutsch: „Mein Junge, ich habe ganz genau gewusst, dass das mit den Nazis bei dir nur eine Kinderkrankheit ist. Als wir jung waren, wir Alten von heute, da haben wir auch so anarchistische Kinderkrankheiten durchgemacht. Dasselbe ist das heute mit den Nazis. Die Enttäuschung kommt von allein. Wer erkannt hat, was dem Arbeiter wirklich hilft, der schmeisst den Radikalismus der Kommunisten und Nationalsozialisten bald wieder von sich. Der wird Sozialdemokrat und geht in die Gewerkschaft.“

Plötzlich wurde der Alte weich und sah seinen Neffen lange an: „Junge, nu bliw ok fast! Treue um Treue.“

Die beiden gaben sich die Hand.

Um die Rechtschreibung

Die vom Bildungsverband der deutschen Buchdrucker veranstaltete Abstimmung über die Reform der Rechtschreibung (wir haben darüber in Nr. 21 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet) hat folgendes Ergebnis gehabt: An der Abstimmung haben sich 26 878 Personen beteiligt, darunter auch zahlreiche Holzarbeiter. Für die Frage 1: „Ich bin für eine Reform der Rechtschreibung unter Beibehaltung der Grossbuchstaben nur für Satzanfänge und für geographische sowie Eigennamen“, stimmten 14 363; für die Frage 2: „Ich bin für eine Reform mit absoluter Kleinschreibung“, stimmten 6 300; für die Frage 3: „Ich bin für die Beibehaltung der jetzt geltenden amtlichen Rechtschreibung“, stimmten 6 215 Personen.

Raketen gegen Hagel

Vor Jahren schoss man in Tirol und Steiermark mit Hagelkanonen gegen den Himmel, wenn sich ein Unwetter drohend zusammenzog. Neuerdings hat man in Württemberg versucht, Hagelwolken durch Raketenbeschüsse zu zerstreuen. Angeblich soll der Versuch gut gelungen sein. Bei aller kritischen Einstellung gegen derlei Meldungen muss man vom physikalischen Standpunkt aus zugeben, dass es nicht als unmöglich erscheint, durch mechanische Kräfte, die als Auslösung wirken, entscheidende Einflüsse auf Hagelbildung auszuüben. Es kann sein, dass unter Umständen es nur „an einem Haar“ hängt, ob Hagel kommt oder nicht. Das stets ganz plötzliche Einsetzen des Hagels lässt darauf schliessen, dass hier eine rasche Energieumsetzung von Wärme in Elektrizität stattfindet. Ein Prozess, der vermutlich ähnlich dem Erstarren des unterkühlten Wassers von einem Punkt, wo die Auslösung stattfindet, rasch um sich greifend die ganze Masse erfasst. Freilich ist es ein Tasten im Ungewissen, da wir den Mechanismus der Hagelbildung nicht begreifen.

Wir fahren um die Welt

Von Kurt Offenburg

(Fortsetzung aus Nr. 32 der „Holzarbeiter-Zeitung“)

Wie machen das die Menschen nur?

Seit Tagen bin ich in einem komischen Gefühlszustand. Denn ich sehe mit Staunen und Neid den — Appetit meiner Mitmenschen. Nicht etwa, dass ich ein Kostverächter wäre. . . Durchaus nicht. Aber hier kann ich nicht mit. Bin besiegt. Und beschämt.

Eier, Wurst und Fleisch und Marmelade, am Morgen schon. Beneidenswerte Magen, die solche Frühstückstücke verdauen können. Und ich bemitleide mich selbst, dass ich seit Jahren von einer Tasse Kaffee und einem Butterbrot lebe. Stets eingedenk des guten deutschen Sprichwortes: Voller Magen, fauler Kopf. Jetzt habe ich die Bescherung: sitze vor vollen Frühstückstischen und kann nicht essen, weil ich mich nicht umstellen kann, ohne dass der Magen revoltierte. Nicht einmal dem Pensionspreis zuliebe ist es möglich.

Immerhin, es ist ein Rätsel, wie die Menschen in diesem Klima . . . Dabei sind sie wirklich keine Schwerarbeiter. Abends erst. . . Wer ein holländisches Dinner hier draussen in den Tropen nicht kennt, der wird denken: hier schreibt dichterische Übertreibung. Mitnichten (wie unser Oberlehrer zu sagen pflegte): hier werden nur Tatsachen aufgezeichnet. Abends also: Suppe, Fisch und Fleisch und noch einmal Fleisch, und obendrauf ein Pudding und Kuchen und Eis und Kaffee.

Der Oberkellner, ein Madurese, ist um mich besorgt. Zum sechsendreissigstenmal seit einer Woche fragt er mich — er spricht Englisch mit dem komischen Akzent des Ostens — ob das Essen mir nicht schmecke, ob ich einen besonderen Wunsch habe. Durchaus nicht: es schmeckt mir, und einen besonderen Wunsch habe ich nicht. Nur bin ich satt nach fünf Bissen — in diesem Klima. Ein bisschen Fisch, Obst und Tee — das ist genug.

Die grossen Ventilatoren mit den armlangen Propellern säusen und säusen. Sie bringen keine Kühlung. Immerfort starre ich (wider meinen Willen) auf die dicke Dame am Tisch mir gegenüber. Träume ich? Nein, es ist Wirklichkeit: sie hat sich vom Boy noch einen kleinen Ventilator bringen lassen; er steht auf dem Fensterbrett hinter mir und fächelt einen Luftzug in ihren festen vollen Nacken. Das schwere Gesicht ist rot. . . Auf den Bildern von Breughel dem Älteren findet man solche Köpfe. Sie schlingt und schlingt, die Pflanzergattin. Ihr Mann daneben — ausgezehrt, gelbhäutig von vielen Malariaanfällen — legt ihr immerzu vor; und die Frau nickt nur stumm mit dem Kopf und isst und isst. . . Ich muss wegsehen: es ist entsetzlich. Und die Hitze flirrt im weiten Speisesaal, zittert über den kleinen Tischen, die Eisbröckchen im Wasser schmelzen rapid.

Die Kellner: Maduresen.

Madura, das ist eine kleine Insel, ein Zipfel nördlich von Java. Es ist industriell nicht sehr entwickelt, und einen Fremdenverkehr gibt es auch nicht. Die Männer wandern aus: das heisst sie gehen ein bisschen weiter nach Java, wo es Brot, Arbeitsmöglichkeit gibt. Tausende von ihnen wählen den Kellnerberuf. Das halbe hundert Maduresen, die hier im Speisesaal bedienen, sind bariuss, im Sarong — dem zum Rock geschlungenen Tuch, ein Hoseersatz — und auf dem Kopf haben sie den Helm. Früher einmal banden sie ihn selbst, den Helm. Aber seit die Industrie auch in den Ländern des Ostens marschiert, wird er fertig, fabrikmässig geliefert. Um ein Stück Pappdeckel — es dient als Verstärkung — ist der Batikstoff gespannt. (Batik: was man daheim zu sehen bekommt, das hat keine Ähnlichkeit mit echter Batikarbeit. Die Farben sind: Braun, ein selte

dunkles Gelb, Schwarz, manchmal ein gedämpftes Rot. Nicht aber — was in Europa als Batik ausgegeben wird — ein Lila, ein Karmin, ein giftiges Hellgrün oder ein Violett und gar Gold.) Nur die beiden Zipfel des Helms — sie sitzen vorn — sind verschieden gross, je nach der Würde des Trägers. Diese Kellner, es ist ein Vergnügen, sie zu beobachten; man vergisst manchmal für kurze Zeit die Frau mit dem kleinen Ventilator. . . .

Diese Frau, die nur als Beispiel gilt, und leider nicht als Einzelfall.

In der ganzen Welt servieren Kellner nicht wieder so lautlos, bescheiden und aufmerksam wie hier draussen. Colombo, das ist die Grenzscheide (nicht das schmutzige Port Said, wo der Abhub von Osten und Westen zusammenkommt), und je weiter östlich es geht, um so „gottähnlicher“ wird der Weisse behandelt. Diese braunen Kellner sind das erfreulichste innerhalb der weissen Zivilisationszone. Ehrlich, gutmütig, hilfsbereit. Wenn man sie nicht anbrüllt, wenn sie spüren, dass

man sie achtet als Menschen und nicht als — Vieh. Oft wundere ich mich: ist es wirklich so schwer für den Europäer, höflich zu sein gegen den Farbigen? Er möchte, der Weisse, aber nach einigen Jahren Tropenleben geht es nicht mehr; die Nerven sind zerrüttet. Hitze, Malaria, Existenzkampf und Einsamkeitsgefühl machen den Menschen freudlos. Im Zwiespalt mit sich selbst, sieht er im Farbigen ein minderes Wesen; und dass er ihn stets von oben herunter behandelt, ist vielleicht nichts als eine unbewusste Selbstwehr, die eigene Achtung zu wahren.

In Neu-Seeland, fast ein Jahr später, traf ich einen Mann, der 15 Jahre in Tahiti und Fidchi gelebt hatte. Wir sassen zusammen im Hotel, er rief dem Kellner: „He, Boy! Ein Whisky, rasch, du bloody. . .“ Das Wort, das er gebrauchte, ist hier nicht wiederzugeben. Der Kellner, er war kein Farbiger, er war ein Weisser, ein Engländer, organisiertes Mitglied der Gewerkschaft (jeder Arbeiter in Neuseeland ist Mitglied einer Gewerkschaft); aber es wäre

ihm nicht eingefallen, sich über die Bemerkung aufzuregen. Die Leute wissen, wer so lange in den Tropen und nur zwischen Farbigen gelebt hat, für den gelten andere Massstäbe; er genießt Freiheiten, die anzuwenden dem „Normalmenschen“ eine Beleidigungsklage oder einen Faustschlag einbringen würden.

Ich erwähne dieses Beispiel, weil es zeigt, wie die Tropen einen Menschen umformen, wie der Massstab Europas — ja die Gesetze der kultivierten Welt — ausserhalb der Grenzen seine Gültigkeit verliert.

Telegrammwechsel zwischen Thälmann und Hitler

Am Abend des 9. August, als bald nach dem Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses des preussischen Volksentscheids, hat — wie Jonathan im „Vorwärts“ berichtet — Thälmann an Hitler folgendes Telegramm gerichtet:

osaf adolf hitler münchen braunes haus beklage schlechten wahlausfall stop bin

untröstlich stop trotz grösster bemühungen unsererseits nicht möglich gewesen kommunistische proletarier restlos an urne zu schaffen stop kommunistische zentrale bestrebt durch ausschluss aller schwankenden voraussetzung für gelingenden demnächstigen gemeinschaftlicher aktion gegen sozialdemokratie zu schaffen stop

mit bundesbrüderlichem gruss teddy thälmann

general à la suite der russischen Kavallerie

Adolf Hitler hat auf dieses Telegramm umgehend mit folgendem erwidert:

thälmann mordkommune

berlin liebkechthaus

schlappe bande hatte mir mehr von euch versprochen stop dass eure wähler sich lieber von braun regieren als von mir abhängen lassen kennzeichnend für unzuverlässigkeit roten gesindels stop abrechnung demnächst stop adolf i

Verantwortlicher Schriftleiter: H. Scheffler, Berlin. — Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarb.-Verbandes, GmbH., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Willi Falke, Tischler aus Hamburg, 28 Jahre alt, wird gebeten, seine Adresse an die Verwaltung Schwerin (Mecklenburg), Koll. Max Frings, Obotritenring 99, zu senden. — Kollegen, die Falkes Adresse kennen, bitten wir, sie uns kundzugeben. Verwaltung Schwerin.

Kollegen! Abonniert das Fachblatt für Holzarbeiter

Tischler-Fachschule Köthen
Ausbildung zu Meistern, Technikern usw. — Prospekt gegen Rückporto

Tischlerfachschule Blankenburg (Harz)
Staatskommissar: Prof. Dr.-Ing. Klopfer, Ausbildung zum Werkmeister, Techniker, Innenarchitekten, Meisterkurse, Maschinenpraktikum für Serienfertigung. Priv. Leitung: Dir. Ludw. Reineking.

Original-süddeutsche Hobelbänke 74
la Qualität, 200 cm hintere Blattlänge, kompl. mit Stahlspindeln, ab südd. Station. Garantie für jede Bank. Abbildungen u. Werkzeugkatalog gratis.

M. WALTHER / Dresden-N.
Rehefelder Strasse 53

Tuche
Herren- ab Damen- stoffe
Fabrik
Lehmann & Assmy, Altestes Tuchverhandlung mit eigener Fabrikation. Spremberg (Lausitz) 2.

Gummiwaren „Medicus“
Hygienisch. Artikel Preisliste 0 gratis. Berlin SW 68, Alte Jakobstrasse 8.

Echt ULMIA
Putz- und Doppelhobel. 4,95 Mk.
Andere Werkzeuge auf Anfrage
Versand per Nachnahme
Loop, Reichelt, Löbau (Sa.)

Original-süddeutsche Hobelbänke 74 Mark, 2 m hintere Blattlänge, Stahlspindeln.
Werkzeug-Neuheiten.
Preisliste gratis und franko.
Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West

Billigeböhm. Bettfedern
nur reine, gutfüllend. Sorten. — Ein Kilo: graue geschlossene 2,50 Mk., halbweisse 3 Mk., weisse 4 Mk., bessere 5 Mk., 6 Mk., daunenweiche 7 Mk. und 8 Mk., beste Sorte 10 Mk., 9. 12 Mk., weisse ungeschl. Rupfedern 6,50 Mk. u. 7,50 Mk., beste Sorte 9,50 Mk. Versand franko zollfrei gegen Nachn. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet. **Benedikt Sachsel, Lo bes Nr. 782 bei Pilsen (Böhmen).**

MÖBELTEILE
Simsen, Bogen, Schnitzereien, Leisten, Frisse, querturn, Leist. f. Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer und Küchen, Zimmer-Abbildungen. — Preisliste gratis.
PAUL KELLER Leipzig C 1, Königstrasse 7

Hobelbänke 65 RM
2 m lg., kompl., Stahlsp., la Qualität, Blatt beste ged. Roth. Preis, gratis. **Karl Kamisch, Pirna, Artilleriekaserne 6**

Wieder lieferbar:
Knauers Welt-Atlas
40 farbige Haupt- und Nebenkarten, 90 statistische u. Spezialkarten, Diagramme, zahlreiche Tabellen mit ausführlichem geo-politischem Text und einem vollständigen alphabetischen Verzeichnis von über 20 000 geographischen Namen
HERAUSGEGEBEN VON DR. JOHANNES RIEDEL
In Ganzleinen gebunden 2,85 Mark
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarb.-Verbandes
G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Wer die Preise kennt, kauft nur bei Uhren-Klöse
Reklamepreis! Nur 2,50 Mk.
kostet die echte deutsche Herren-Anker-Uhr Nr. 10 stark vernickelt, ca. 30 Std. Werk, genau reg. nur 2,50 Mk.
Nr. 11 echt versilbert, Goldrand u. Scharnier . . . 3,70 Mk.
Nr. 12 kleinere Form, besseres Werk 6,40 Mk.
Nr. 13 Neusilber, 2 hintere Deckel, 3 Steine . . . 10,00 Mk.
Nr. 14 mit Sprungdeckel, ganz vergoldet. 12,00 Mk.
Nr. 15 echt Silber, Goldrand, 10 Steine. nur 16,00 Mk.
Nr. 16 echt Silber, pa. Ankerwerk, 15 Steine, nur 24,00 Mk.
Nr. 39 Damenuhr, versilbert, m. Goldrand, nur 4,00 Mk.
Nr. 79 dieselbe, kleines Format nur 6,30 Mk.
Nr. 76 mit Sprungdeckel, echt Silber 800 oder pa. Golddoublé, 10 J. Gar. gestemp. nur 36,00 Mk.
Nr. 47 Armbanduhr, mit Riemen nur 3,60 Mk.
Nr. 44 dieselbe, kleine Form mit bess. Werk nur 5,50 Mk.
Nr. 81 dieselbe, echt Silber, 10 Steine nur 13,50 Mk.
Nr. 82 echt Gold, 585 gestempelt nur 24,00 Mk.
Wecker, la Messingwerk 2,60 bis 6,00 Mk. Panzerkette, vern. 0,50, echt Nickel 1,00, echt vers. 1,50, echt vergold. 2,00, echt Silb. 5,00, Golddoublé 6,00 erhalten 1 Mk. Nachlass und 1 Kapsel gratis bei Bestellung einer Uhr zu 10,00 Mk. oder mehr.
Vonden Uhren verkaufe ich jährlich ca. 10 000 Stück
Unsere Leser
UHREN-KLOSE, BERLIN SW 29 (34), Zossener Strasse 8

Billige aktuelle Schriften
„Das Panama der Nordwolle.“ Die Labusen, verkrachte Führer der Wirtschaft. 16 Seiten Preis 10 Pf.
„So marschieren wir ins dritte Reich.“ 8 Seiten Preis 5 Pf.
„Der Drache Marxismus.“ 16 Seiten Preis 10 Pf.
„Köpfe in den Sand.“ 16 Seiten Preis 10 Pf.
„Hitlers Sozialismus.“ 16 Seiten Preis 10 Pf.
„Was ist Marxismus?“ 16 Seiten Preis 10 Pf.
„Diktatur.“ 16 Seiten Preis 10 Pf.
„Raffier und Schwätzer.“ 16 Seiten Preis 10 Pf.
Tarnow: „Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse.“ 32 Seiten Preis 20 Pf.
Hoegner: „Der Volksbetrug der Nationalsozialisten“ 16 Seiten Preis 20 Pf.
Schucks: „Kampf dem 7.“ 16 Seiten Preis 20 Pf.
Käthe Kern: „Frauen, entscheidet euch.“ Preis 20 Pf.
„Das Gespenst der Arbeitslosigkeit.“ 32 Seiten Preis 20 Pf.
„Die politischen Gefangenen im faschistischen Italien.“ 58 Seiten Preis 30 Pf.
Bestellungen über die Verwaltungsstellen werden porto- und verpackungsfrei erledigt. Sonst erfolgt Zusendung nur gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Berlin NW 7, Nr. 28397 (Deutscher Holzarbeiter-Verband)

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. / Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Sprechmaschinen-Laufwerke
zum Selbsteinbau, la Doppelschneckenfederwerk nur 11,50 Mark
Tonarme, Trichter, Schalldosen und Teller in grosser Auswahl sowie Regulator-, Tisch- und Hausuhrwerke zum Selbsteinbau, nach Katalog, der gratis und franko versandt wird von **Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 10**

Josef Witt, Weiden-Oberpf.
Grösstes Webwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eig. Webwaren-Fabriken und eig. Ausrüstungswerk,
2 500 Arbeiter und Angestellte,
31 472 Spindeln in eigener Spinnerei,
1 600 mechanische Webstühle in eigenen Webereien
700 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren
sind im letzten Jahre bei mir eingetroffen!
900 000 Nachbestellungen
auf Waren haben mir meine alten Kunden in einem Jahre eingesandt
Der natürlichste Beweis der Güte u. Billigkeit
Ich erwarte auch Ihre Bestellung. Es ist Ihr Nutzen. Jetzt Abgabe an die Verbraucher wie untenstehend. Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.
Bei Bestellung v. 15,— Mk. an erhalten Sie auf diese Preise **noch 5 Prozent Rabatt**
Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch eine brauchbare Schlafdecke mit kleinen unscheinbaren Fehlern

Nr.	Preise per Meter	Breite	Mk.
8	Weisses Hemdentuch, etwas leichte Gebrauchsware	70 cm per mtr.	0,20
9	Weisses Hemdentuch, sehr gute, mittelstarkfäd., dicht geschlossene Sorte	80 cm per mtr.	0,38
10	Vorhangstoff, sog. Gardinen, aus feinen Garnen, mit echt indanthrenfarbig, schönen Streifenmustern	70 cm per mtr.	0,18
11	Handtücher, schwere Strapazierqualität	40 cm per mtr.	0,28
12	Baumwolltuch, ungebleicht, mittelfeinfädige, haltbare Sorte	78 cm per mtr.	0,28
13	Baumwolltuch, ungebleicht, starke, fast unverwüstliche Qualität	78 cm per mtr.	0,38
14	Hemdenflanell, gute, haltbare, reissfeste Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift	70 cm per mtr.	0,30
15	Hemdenflanell, echt indanthrenfarbig gestreift, ausserordentlich haltbare, fast unzerreissbare kräftige Qual., fast unverwüstl. im Gebrauch	75 cm per mtr.	0,40
16	Weisses Makotuch, feinfäd., sehr dicht geschl., besonders feine Hemden u. Waschestücke	80 cm per mtr.	0,50
17	Stuhltuch, geschlossen, starke Qualität, für bessere, strapazierbare Betttücher	150 cm per mtr.	1,15
18	Frottierhandtücher, aus gutem Kräuselstoff, mit schön. eingewebt. Mustern	per Stück	0,70
19	Damentaschentücher, weiss m. Hohlraum, feinfädige, gute, sehr beliebte Qualität, 30x30 cm	per 1/2 Dutzend	0,70
20	Wischtücher, gute, beliebte Sorte, sehr strapazierbar, 45x45 cm	per 1/2 Dutzend	0,70

Ungeheuer vorteilhaft!
21. **Weisses Hemdentuch**, mittelstarkfäd. geschl., vorzügl. Qualität für sehr solide, besonders haltbare Waschestücke. Weil dieses Tuch ohne Appretur hergestellt ist, wird dasselbe in der Wäsche statt leichter, noch dichter, 50 cm breit, Ausnahmepreis per mtr. nur **0,36**
Bei Bestellung genügt Angabe der Nummer mit je der gewünschten Meter- od. Stückzahl
Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. bis 20 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von 10,— Mk. an, portofreie Lieferung von 20,— Mk. an
Meine Garantie: Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten, welche trotz der Güte und Billigkeit nicht entsprechen sollte. Zurückzahlung des vollen, ausgelegten Betrages auch dann, wenn Sie nicht die vollst. Chertzeugung haben, dass Sie meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten aussergewöhnlich günstig erhalten haben

Alltag im Sowjetstaat
Macht und Mensch, Wollen und Wirklichkeit im Sowjet-Russland
von Herbert und Elsbeth Weichmann
Inhaltsverzeichnis: I. Zu neuen Ufern. II. Unterwegs. III. Das tägliche Leben. IV. Sowjetkinder. V. Erziehung und Erzieher. VI. Der genervte Mensch. VII. Schlusswort.
Organisationspreis für das gebundene Exemplar 1,95 Mark
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Billige böhmische Bettfedern!
1 Pfund graue, gute geschlossene Bettfedern 80 Pf.
bessere Qualität 1 Mk., halbweisse flammige 1,20 Mk.
und 1,40 Mk., weisse flammige, geschlossene 1,70 Mk.
2,50 Mk., 3 Mk., feinste geschlossene Halbflaum-Herrschaftsfedern 4 Mk., 5 Mk., 6 Mk., Rupfedern, ungeschlossene, in Flamm gemengt, halbweisse 1,75 Mk., weisse 2,40 Mk., 3 Mk., allerbesten Planurupf 3,50, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50, 8,50, 9,50, 10,50, 11,50, 12,50, 13,50, 14,50, 15,50, 16,50, 17,50, 18,50, 19,50, 20,50, 21,50, 22,50, 23,50, 24,50, 25,50, 26,50, 27,50, 28,50, 29,50, 30,50, 31,50, 32,50, 33,50, 34,50, 35,50, 36,50, 37,50, 38,50, 39,50, 40,50, 41,50, 42,50, 43,50, 44,50, 45,50, 46,50, 47,50, 48,50, 49,50, 50,50, 51,50, 52,50, 53,50, 54,50, 55,50, 56,50, 57,50, 58,50, 59,50, 60,50, 61,50, 62,50, 63,50, 64,50, 65,50, 66,50, 67,50, 68,50, 69,50, 70,50, 71,50, 72,50, 73,50, 74,50, 75,50, 76,50, 77,50, 78,50, 79,50, 80,50, 81,50, 82,50, 83,50, 84,50, 85,50, 86,50, 87,50, 88,50, 89,50, 90,50, 91,50, 92,50, 93,50, 94,50, 95,50, 96,50, 97,50, 98,50, 99,50, 100,50.
jeder beliebigen Menge zollfrei gegen Nachnahme, von 10 Pf. an franko. Muster und Preisliste kostenlos.
S. Besisch in Prag XII, Amerika ulice Nr. 180, Böhmen.

Zur Gesichts-Bräunung
Es soll zur Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenbädern
verwendet werden die rezepturfreie und billige Creme Peabody —
besteht in reiner Fett-Substanz in reiner Packung. — Tube
mit 100 g. Inhalt. Preis 1,50 Mk. Versand franko. Bestellen Sie
66 Pf. In haben in allen Apotheken-Berlinstellen.